



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

**Vorschau auf den
Gewerkschaftstag**

LEBEN

SEITE 18

**Telefonaktion
zur Leiharbeit**

ARBEIT

SEITE 24

**Faire Lösungen für
Raucher im Betrieb**

BEZIRK

SEITE 28

**Tarifabschluss in
Heizungsindustrie**



**Metaller sein –
voll im Trend**

THEMEN IM HEFT



Foto: Frank Rumpenhorst

Zwei Metallerinnen und drei Metaller aus dem Raum Frankfurt stehen stellvertretend für 2,4 Millionen IG Metall-Mitglieder in dieser Ausgabe der **metallzeitung** auf dem Titelbild. In der Titelgeschichte erklären sie, warum es ihnen wichtig ist, bei der IG Metall mitzumachen und warum es voll im Trend ist, Metallerin oder Metaller zu sein. Eine Entwicklung, die sich auch in Zahlen belegen lässt: Laut einer Emnid-Umfrage der Wochenzeitung »Die Zeit« fürchten viele Bürger, dass der Aufschwung nicht in ihren Taschen ankommt. Die IG Metall soll Bollwerk sein gegen den Druck auf Löhne und Gehälter. Kein Wunder, dass auch beim Mitgliederschwund die Trendwende fast geschafft ist: Die schwarze Null ist in greifbarer Nähe. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfoto: Frank Rumpenhorst

**Gewerkschaftstag in Leipzig**

Eine Woche lang stellen die Delegierten auf dem 21. ordentlichen Gewerkschaftstag die Weichen für die Zukunft der IG Metall. **SEITE 4**



Foto: www.BilderBox.com

Gute Luft und gutes Klima

In den Betrieben sorgt der blaue Dunst für Zoff. Patentlösungen gibt es nicht, aber die IG Metall kann bei Konflikten helfen. **SEITE 24**



Foto: www.BilderBox.com

Online-Durchsuchung

Aus Sicht der Datenschützer ist die Online-Durchsuchung der Gau für den Rechtsstaat. Der Innenminister hält an ihr fest. **SEITE 27**

DIE GROSSE UMFRAGE**Entgelt in der ITK-Branche:**

Basierend auf 52 Unternehmen der Branche ist die 140-seitige Broschüre ein Trendbarometer für die Einkommensentwicklung. Preis 12,90 Euro. Zu bestellen unter www.igmetall.de/tarife/material

**IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall**

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich
im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Birgit Büchner/Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de/metallzeitung

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich (zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Bayern und Baden Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Gewerkschaftstag 2007**
Ein außerordentliches Ereignis in Leipzig.
- 5 **Die Themen in Leipzig**
Die Weichen für die Zukunft werden gestellt.
- 6 **Otto Brenner – unvergessen**
Was der langjährige Vorsitzende bewegte.
- 7 **Europa-Serie**
Luxemburg ist immer für eine Überraschung gut.
- 8 **Interview**
Nobelpreisträger Solow kritisiert die deutsche Politik.
- 9 **Pflaume des Monats**
Springer Chef Matthias Döpfner.

TITEL

- 10 **Warum es wieder in ist, Gewerkschafter zu sein.**
Vom Dinosaurier zum politischen Gestalter: Das Image wandelt sich.

REPORTAGE

- 14 **Firmenbestattung**
Luckenwalde: Kreative Totengräber bei Hesco.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Betriebsrätin Claudia Gabele-Giele.

- 18 **Leiharbeit**
Experten beantworten die wichtigsten Fragen.
- 19 **Was mich beschäftigt . . .**
Malalai Joya über die Situation in Afghanistan.
- 20 **Guter Rat**
ALG II: Sind die Regelsätze verfassungswidrig?
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Ein Fahrrad.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Leipzig: Das Tal ist durchschritten.
- 23 **Die gute Idee**
Courage: Neo-Nazis gaben in Leipzig auf.
- 24 **Unsere Tipps**
Rauchen im Betrieb: Allen gerecht werden geht nicht.
- 25 **So geht es besser**
Eine »kleine Bibel« für gleiche Chancen.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Krebserreger in Arbeitshandschuhen.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Dorothee Beck über Armut in Deutschland.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Online-Durchsuchung

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

Aus der Redaktion



Foto: Michael Schinke

Werner Hoffmann (Foto), 61, hat großes Glück: Der Redaktionsleiter der IG Metall-Print Medien kommt noch in den Genuss der Altersteilzeit und verabschiedet sich mit dieser Ausgabe in die aktive Freistellungsphase. 27 Jahre war Hoffmann bei der IG Metall. Journalistisch begleitete er Tausende von Flugblättern und Artikeln sowie Lokalseiten. Dafür sagen wir – nicht nur an dieser Stelle – Dankeschön. Sein schönstes Abschiedsgeschenk: Die neue **metallzeitung**, die in dieser Form nun zum dritten Mal erscheint. Und weil uns – und trotz Freistellungsphase sicher auch Werner – eure Meinung zur metallzeitung wichtig ist, gibt es wieder unter der kostenlosen Nummer

0800 – 4 46 38 25

montags bis freitags von 9 Uhr bis 16 Uhr eine Hotline, bei der ihr Adressänderungen, Anregungen, Fragen, Lob und Tadel loswerden könnt.
Eure Redaktion

EDITORIAL

ZUKUNFT BRAUCHT GERECHTIGKEIT

Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, über das neue Selbstbewusstsein der Gewerkschaften und deren Ansehen in der Gesellschaft.



Foto: Renate Schildheuer

»Selbstbewusst gehen wir in die Zukunft«

Keine faulen Kompromisse sondern gradliniges Vorgehen und klare Ergebnisse: Das sind die Markenzeichen der IG Metall.

Es ist noch nicht so lange her, da wurden Gewerkschaften in vielen Medien zu »Dinosauriern« erklärt. Für neoliberale Politiker waren wir eine »Plage«, die angeblich die Zeichen der Globalisierung nicht erkannt hätten. Obwohl wir immer wieder Alternativen für eine soziale Politik aufzeigten, wurden wir zu »Reformverweigerern« abgestempelt. Die Gewerkschaften sollten geschwächt werden. Heute hat sich das gesellschaftliche Klima gewandelt. Neoliberale Parolen haben keine Konjunktur. Dafür steigt das Ansehen der Gewerkschaften. Das hat auch etwas mit der IG Metall zu tun.

In diesem Monat findet in Leipzig der Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Die Delegierten beraten über den politischen Weg der Zukunft. Das tun sie mit neuem Selbstbewusstsein. Vor vier Jahren sah das anders aus: Im Sommer 2003 war die IG Metall tief gespalten und leistete sich einen Führungsstreit, der unsere Attraktivität nicht gerade steigerte. Schon in den Jahren davor

hatte ein Mitgliederschwund eingesetzt, der alarmierend war. Politisch waren wir Angriffen von allen Seiten ausgesetzt.

Heute können wir wieder auf eine IG Metall schauen, die in der Gesellschaft ein hohes Ansehen genießt. Darauf können wir stolz sein. Der Mitgliederschwund ist gestoppt. Dafür gibt es viele Gründe. Zwei waren aber besonders entscheidend: Zum einen haben wir stets mit einer Stimme gesprochen. Einheit und Solidarität bestimmen unsere Arbeit. Und zum anderen: Unser Kompass war immer an den Interessen der Mitglieder ausgerichtet. Das hat uns vor faulen Kompromissen geschützt, ob in der Tarifpolitik oder beispielsweise bei der Agenda 2010. Gradliniges Vorgehen und klare Ergebnisse sind die Markenzeichen der IG Metall.

Jedem muss klar sein: Gewerkschaften werden immer bekämpft weil sie sich für Arbeitnehmer und für Gerechtigkeit einsetzen. Solange das so ist, haben Gewerkschaften Konjunktur. ■

Jürgen Peters



Foto: picture-alliance



Foto: CCL

Im Congress Center Leipzig ist alles vorbereitet für den Gewerkschaftstag, zu dem mehr als 1000 Menschen kommen werden.



Foto: Jensen / dpa / pa

»Vielfalt solidarisch gestalten« war das Motto des Gewerkschaftstags im Jahr 2003. Jetzt heißt es: »Zukunft braucht Gerechtigkeit«.



Foto: ZB / pa

Zum ersten Mal ist der Gewerkschaftstag in Leipzig. Eines der Highlights der Stadt ist das vor über 100 Jahren erbaute Neue Rathaus.

Ein außerordentliches Ereignis

Die IG Metall ist startklar für ihren Gewerkschaftstag, der am 4. November anfängt. Eine Woche lang diskutieren die Delegierten brandaktuelle Themen und wählen einen neuen Vorstand. Unter dem Motto »Zukunft braucht Gerechtigkeit« zeigt die mitgliederstärkste deutsche Gewerkschaft Flagge.

Wochenlang war das Congress Center Leipzig eine Baustelle. In den Hallen wurden Zwischenwände eingezogen, Stromanschlüsse gelegt, Beleuchtungstechnik installiert und Möbel aufgestellt. Ein Arzt wurde engagiert, Sicherheitspersonal sowie eine Cateringfirma – alles notwendige Vorbereitungen für ein großes Ereignis.

Zum 21. ordentlichen Gewerkschaftstag werden gut 1000 Menschen erwartet. Neben den Delegierten, dem Vorstand und Arbeitsstab der IG Metall rund 120 Journalisten aus aller Welt sowie Gäste aus dem In- und Ausland. Am 8. November kommen Angela Merkel, ihr Parteifreund Karl-Josef Laumann sowie die Generalsekretäre der anderen Parteien und stellen sich den – garantiert sehr kritischen –

Fragen der IG Metall-Aktiven. Vorher Umweltminister Sigmar Gabriel und Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung. Und natürlich viele Gewerkschafter, darunter der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der Generalsekretär des Internationalen Metall-Gewerkschaftsbunds Marcello Malentacchi.

Gut 100 Aussteller bauen Infostände vor der großen Kongresshalle auf. Betriebe, Arbeitskreise und Verwaltungsstellen aus den sieben Bezirken stellen Projekte sowie Aktionen vor. Dazwischen Buchverlage, Krankenkassen und andere externe Aussteller. Der Andrang war weit größer als der verfügbare Platz – einer Reihe von Interessenten musste abgesagt werden. Für Paul Rodenfels, der die Organi-

sation des Gewerkschaftskongresses leitet, ein Zeichen dafür, dass die IG Metall »offensichtlich sehr attraktiv« ist. Wer viel arbeitet, darf aber auch gemeinsam feiern. Darum wird es in Leipzig ein großes Fest geben, mit bekannten Künstlern.

»Wir wollen dokumentieren, dass unser Gewerkschaftstag ein außerordentliches Ereignis ist und die IG Metall eine große Organisation, die in der Mitte der Gesellschaft steht«, sagt Paul Rodenfels. Die vor allem politisch etwas zu sagen hat. Mit Spannung erwarten darum viele, wohin die Reise in der IG Metall in den nächsten vier Jahren gehen soll. Und welche Menschen dabei an ihrer Spitze stehen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

DIE THEMEN

IG Metall stellt die Weichen für die Zukunft

Mehr als 500 Anträge stehen auf dem Gewerkschaftstag zur Abstimmung – zu fast allen Themen, die die Menschen bewegen.

Das Paket, das die Delegierten dem neugewählten Vorstand nach dem Gewerkschaftstag mit auf die Heimreise geben, wird dick sein. Rund 100 Anträge werden die Delegierten im Schnitt am Tag abarbeiten, also diskutieren und beschließen oder ablehnen. Hier ein kleiner Ausschnitt:

■ **Jeder fünfte Antrag** befasst sich mit der IG Metall: Zum Beispiel damit, wie sie neue Mitglieder gewinnen kann, vor allem Jugendliche, Frauen und Angestellte – Gruppen, die in der IG Metall unterrepräsentiert sind.

■ **Zur Tarifpolitik** gibt es fast genauso viele Anträge, 98 insgesamt. Einige beschäftigen sich mit dem Pforzheimer Abkommen, das Betrieben unter bestimmten, eng gefassten Bedingungen erlaubt, von Tarifverträgen abzuweichen. In einigen Anträgen wird gefordert: Wenn abgewichen wird, dann soll nicht die Arbeitszeit verlängert werden. Die Beschäftigten wollten nicht mehr arbeiten, sondern mehr selbst über ihre Arbeitszeit bestimmen.

■ **Schule, Ausbildung, Qualifizierung** – auch zu den Bildungsthemen gibt es sehr viele Anträge. In einigen kritisieren Metaller, dass zu oft die soziale Herkunft über

Bildungschancen entscheidet. Um das zu ändern, wollen sie unter anderem mehr Ganztagschulen und Sprachförderung für Migrantenkinder in den Schulen und Kindergärten. Schulen sollen generell Kinder besser fördern, damit nicht mehr so viele sie ohne Abschluss verlassen. In einer Reihe von Anträgen wird ein Recht auf Ausbildung gefordert. Und die, die schon im Berufsleben stehen, sollen einen Rechtsanspruch auf lebensbegleitende Qualifizierung erhalten, um ihre Arbeitsplätze auf Dauer sicherer zu machen.

■ **Wie die Hartz-Reformen**, vor allem die Kürzungen beim Arbeitslosengeld I und II, korrigiert werden können, wird ein weiteres großes Thema sein.

■ **Leiharbeit** soll in den Betrieben stärker reguliert werden. Da sie zunehmend feste Stellen ersetzt, soll sie begrenzt werden. Die Löhne und Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter sollen an die Tariflöhne angepasst werden.

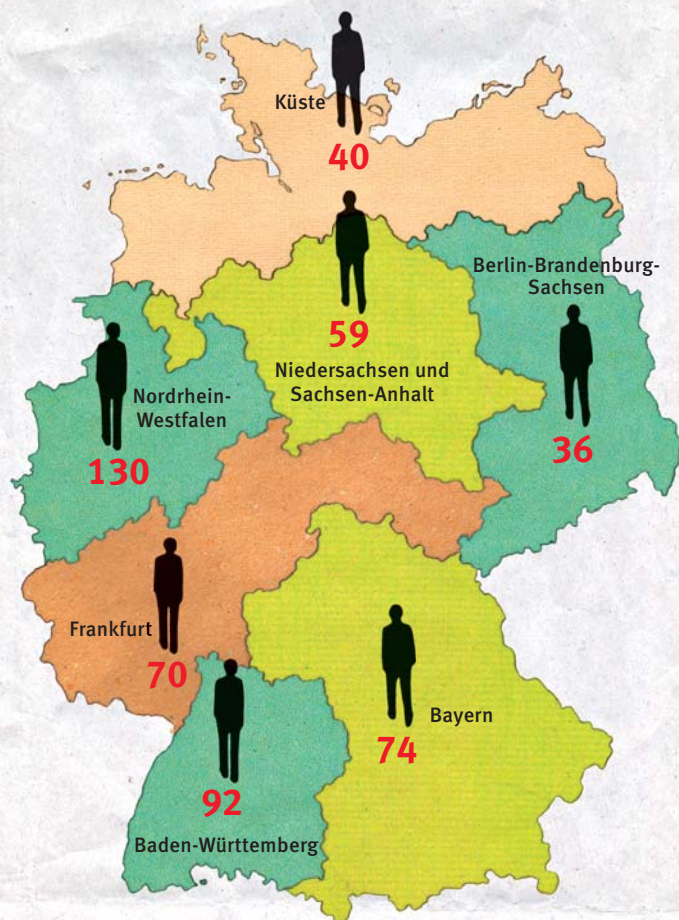
Ob bei Leiharbeit oder anderen Themen – das zeichnet sich schon klar ab: Die IG Metall will ihr Profil schärfen und fähiger werden, wirksame Kampagnen für ihre Ziele zu führen. **syk**

Gleitend und mit genug Geld in die Rente

Keine Rente mit 67, die IG Metall muss weiter gegen einen späteren Rentenbeginn mobilisieren. Das wird in etlichen Anträgen gefordert. Auch soll gleitender Übergang in die Rente weiterhin möglich sein. Darum muss die Altersteilzeit über 2009 hinaus gefördert werden. Die zurzeit geltende Regelung läuft bald aus. Teilrenten – noch werden sie kaum genutzt – sollen attraktiver gestaltet werden, mit besseren Hinzuverdienstmöglichkeiten. Ältere sollen wieder leichter eine Erwerbsminderungsrente in Anspruch nehmen können. 2001 waren die Bedingungen dafür verschärft worden. Beschäftigte, die 40 Versicherungsjahre zusammen haben, sollen mit 60 Jahren – ohne Abschläge bei der Rente – aus dem Berufsleben ausscheiden können.

DIE DELEGIERTEN

501 Delegierte vertreten die über zwei Millionen Mitglieder. Jeder vierte Delegierte reist aus Nordrhein-Westfalen an. Insgesamt kommen aus allen sieben IG-Metall-Bezirken so viele Delegierte:



Quelle: IG Metall, Illustration: Birgit Lang

Die Sprecher der Basis

Die Frauen und Männer, die über die künftige Politik der IG Metall entscheiden, spiegeln die Vielfalt der Mitglieder wider.

Jeder Delegierte, ob Mann oder Frau, jung, mittelalt oder 50 plus, repräsentiert auf dem Gewerkschaftstag 5000 Mitglieder aus seiner Region. Wo die IG Metall viele Mitglieder hat, schickt sie auch viele Vertreter nach Leipzig. Die 501 Delegierten wurden schon Anfang des Jahres in geheimer Abstimmung gewählt: in den Delegiertenversammlungen in den Verwaltungsstellen.

Die Delegiertenversammlungen, die von den Mitgliedern vor Ort gewählt wurden, diskutieren und beschließen auch die Anträge an den Gewerkschafts-

tag. Außer ihnen können nur die Ausschüsse beim Vorstand, wie Jugend- oder Handwerksausschuss, und der Vorstand selbst Anträge stellen.

128 Delegierte sind Frauen. Das entspricht ihrem Mitgliederanteil, wie es die Satzung vorschreibt. 21 Delegierte sind junge Leute. 17 Delegierte haben einen Migrationshintergrund. 281 sind gewerbliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, 220 also Angestellte. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten kommt aus Betrieben. 93 sind Gewerkschaftssekretäre. **syk**

OTTO BRENNER STAND VON 1952 BIS ZU SEINEM TOD 1972 AN DER SPITZE DER IG METALL

Otto Brenner bleibt unvergessen

Am 8. November wäre Otto Brenner 100 Jahre alt geworden. 1952 wurde er zunächst Zweiter und 1956 schließlich Erster Vorsitzender der IG Metall, 1961 Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds und 1971 Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbunds. 40-Stunden-Woche, freier Samstag und Lohnfortzahlung prägen sein Wirken.



Gewerkschaften in Niedersachsen mit auf. 1947 wurde Otto Brenner Metall-Bezirksleiter in Niedersachsen. Brenner erlangte überregional Aufmerksamkeit, als er bei Bode-Panzer den ersten Nachkriegsstreik organisierte. Streikziel war die Durchsetzung der Mitbestimmung. Auf Grund seiner Erfahrungen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 verteidigte er entschlossen die demokratischen Grundrechte.

Die IG Metall beteiligte sich unter anderem an den Protesten gegen die Wiederbewaffnung, die Aufstellung atomarer Waffen, demonstrierte gegen die Bundesregierung zurzeit der Spiegel-Affäre und stand an der Seite der APO während der Notstandsgesetzgebung. 1968 sagte er: »Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.«

Otto Brenner während seiner Ansprache an die Delegierten des Gewerkschaftstags in München 1968.

Aufgewachsen ist Brenner in Hannover. Er lernte Betriebselektriker. 1920 trat er der (Sozialistischen) Arbeiterjugend bei, 1922 dem Deutschen Metallarbeiterver-

band, 1926 wurde er Mitglied der SPD. Er arbeitete als Elektromonteur bei der Hanomag in Hannover-Linden, 1931 wurde er entlassen und arbeitslos. 1931 trat

er der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD) bei. Er wurde verhaftet und 1935 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er schloss sich 1945 wieder der SPD an und baute die

Brenner war programmatischer Kopf der deutschen Gewerkschaften. Das Aktionsprogramm von 1956 und das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 sind maßgeblich von seinem Denken geprägt. **who**

Drei Metaller im Aufsichtsrat

Erfolg bei der Wahl der IBM-Arbeitnehmervertretung

Nach fünf Jahren ohne hauptamtliche Vertretung im Aufsichtsrat ist die IG Metall nun mit einem 40-Prozent-Ergebnis in das Gremium zurückgekehrt. Damit haben die Versuche der IBM-Geschäftsleitung, die IG Metall auszugrenzen, einen weiteren Dämpfer erlitten.

Schon im vergangenen Jahr war die Geschäftsleitung vor dem BAG mit dem Antrag ge-

scheitert, die IG Metall für nicht tarifzuständig zu erklären. »Es ist gerade vor dem Hintergrund der abgelaufenen Tarifrunde höchste Zeit, dass die IG Metall wieder Einfluss auf die Tarifverhandlungen gewinnt«, freut sich Bertold Baur. Er zieht für die IG Metall in den IBM-Aufsichtsrat ein und wird die zwei wieder gewählten betrieblichen Metallkollegen unterstützen. **fra**

Freispruch für Metaller

Gegen die Staatsanwaltschaft durchgesetzt



Kurt Kleffel, 54, Metaller und Qualitätsprüfer bei Bosch-Rexroth in Langenhagen, hat sich vor dem Amtsgericht Hannover gegen die Staatsanwaltschaft durchgesetzt und wurde freigesprochen. Der Metaller organisiert in Hannover die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV mit und soll eine Rede unerlaubt per Lautsprecher gehalten haben. Bewaffnete Polizisten hatten

die Kundgebung gewaltsam unterbrochen, vier Teilnehmer festgenommen und Kleffel einen Strafbefehl über 465 Euro ins Haus geschickt (**metall** 6/2007 berichtete). **fra**

ALG I länger zahlen

DGB fordert die Verlängerung des Arbeitslosengeld I-Bezugs ohne Abstriche für ältere Arbeitslose umzusetzen.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Michael Sommer, fordert SPD und Union auf, »die Verlängerung des Arbeitslosengeld I-Bezugs jetzt schnell und ohne Abstriche für ältere Arbeitslose umzusetzen«.

Vorschläge dazu hatte der DGB schon im Dezember vorgelegt. Danach sollen über 50-Jährige bis zu 24 Monate Arbeitslosengeld beziehen. Die verbesserten Leis-

tungen sollen über die Arbeitslosenversicherung finanziert werden – bei einem Verzicht auf weiter sinkende Beiträge.

Die aufgrund der Hartz-Gesetze verkürzte Bezugsdauer bedeutet für Arbeitnehmer erhebliche Verluste. Wer während seines Erwerbslebens 60 000 Euro in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und erwerbslos wird, erhält nur 20 000 zurück. **fra**

Mehr Geld für Leiharbeiter

Der neue Tarifvertrag für Leiharbeiter ist in trockenen Tüchern.

Nach langem Streit zwischen DGB und Arbeitgeberverband IGZ erhöht sich im Westen das Entgelt der untersten Lohngruppe bis zum 1. November 2008 stufenweise auf 7,51 Euro. Im Osten steigt der unterste Stundenlohn für Zeitarbeiter in IGZ-

Betrieben zum 1. November auf 7,15 und zum 1. April 2008 auf 7,31 Euro. Verleiher im Osten dürfen das Entgelt in der untersten Lohngruppe aber bis zu 13 Prozent kürzen.

Sollte das Arbeitsministerium diesen Vertrag für allgemeingültig erklären, gelten die neuen Stundenlöhne entsprechend früher. **fra**

Lapport: Illegale Betriebsratswahl abgewehrt



Foto: Julia Heinrich / VIEW

Die Gewinner: Frieder Wirth von der IG Metall und Richard Schallenger.

Das Landesarbeitsgericht in Mainz entschied zugunsten der IG Metall. Es erklärte die illegale Betriebsratswahl beim Schleifmittelhersteller Lapport in Kaiserslautern auch in zweiter Instanz für nichtig. Die Vorgeschichte: Die Geschäftsleitung verwandelte Ende 2006 die Firma in eine AG und versuchte, den Betriebsrat und dessen Vorsitzenden, Richard Schallenger abzusetzen, indem sie eine

Betriebsratswahl inszenierte. Schallenger und die IG Metall Kaiserslautern klagten und bekamen Recht. Im Urteil des Arbeitsgerichts hieß es damals, die Arbeitgeberin habe versucht, »mit juristischen Taschenspielertricks« gesetzliche Regelungen zu umgehen. Schallenger: »Das ist ein großer Erfolg, der vor allem durch die tatkräftige Unterstützung der IG Metall möglich war.« **ap**



Foto: Image Source

Luxemburg ist immer für eine Überraschung gut

Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs brachten in den vergangenen Jahren oft Fortschritte für Arbeitnehmer.

Das Wort der Luxemburger Richter hat Gewicht und sorgte in den vergangenen Jahren oft für Wirbel. Sie kippten das Gesetz, wonach ältere Arbeitnehmer in Deutschland ohne Beschränkungen befristet eingestellt werden konnten. Diskriminierung aufgrund des Alters – damit kam Deutschland beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) nicht durch. Auch die langen Bereitschaftszeiten für Ärzte in Krankenhäusern beanstandete der EuGH. Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit, hieß es in Luxemburg.

Wenn Beschäftigte mit ihrem Anliegen beim EuGH landen, können sie sich durchaus Hoffnung machen. Denn oft brachte der Weg dorthin Fortschritte im Arbeitsrecht. Allerdings ist der Einflussbereich der Richter beschränkt. Ihr Wort ist immer dann gefragt, wenn Entscheidun-

gen auf nationaler Ebene europäisches Recht berühren. Im Bereich des Arbeitsrechts gilt das vor allen Dingen bei Diskriminierungen, Fragen zur Arbeitszeit und Betriebsübergängen. Viele andere Fragen sind in der europäischen Union noch nicht geregelt und können deshalb dort auch nicht entschieden werden.

Positive Signale kommen zurzeit auch beim Thema Lohndumping aus Luxemburg. Dort beschäftigen sich die Richter gerade mit einem Fall aus Niedersachsen. Dabei geht es um die Praxis, die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifverträgen zu koppeln.

Solche Tariftreueklauseln seien rechtmäßig, erklärte der Generalanwalt beim EuGH Ende September. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Antworten sind für nationale Gerichte verbindlich

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg wacht darüber, dass europäische Richtlinien und Entscheidungen in allen Mitgliedsländern beachtet werden. Der EuGH kann nur in Ausnahmen von Einzelklägern angerufen werden. In der Regel legen nationale Gerichte dem EuGH ihre Fälle vor. Die Luxemburger Richter entscheiden den Fall nicht, sondern beantworten Fragen. Ihre Antworten sind aber für nationale Gerichte verbindlich.

Mehr zum Thema: ► www.curia.europa.eu



Foto: Manfred Vollmer

Norbert Hüsson, Korrespondent der **metall**zeitung im Bezirk Nordrhein-Westfalen

Die Geisterfahrer

Sie wollen die IG Metall abwaschen und klarstellen, wer Herr im Hause ist: Der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) hat seinen Landesverbänden empfohlen, aus der Tarifpolitik auszusteigen. Deutschland soll zur tariffreien Zone werden. Bayern ist der ZDK-Empfehlung bereits gefolgt, die Arbeitgeber dort haben sich als Tarifpartei aufgelöst. In Baden-Württemberg haben sie beschlossen, sämtliche Tarifverträge zu kündigen. In Ostdeutschland gibt es schon keine Flächentarifverträge mehr, ebenso in Niedersachsen und Bremen.

Jetzt soll das Bollwerk Nordrhein-Westfalen gestürmt werden. Der Kfz-Verband NRW hat den Manteltarifvertrag zum Jahresende gekündigt und seine Tarifforderungen präsentiert. Zurück zur 40-Stunden-Woche, zwei Urlaubstage streichen, Mehrarbeitszuschläge kürzen und bezahlte Freistellungen abschaffen. Weg mit dem Sterbegeld. Weg mit dem Kündigungsschutz für Ältere. Weg mit der Verdienstsicherung bei Leistungsminderung. Die Begründung dafür: »Daseinsfürsorge kann keine betriebliche Aufgabe sein.« Im Klartext: Wir übernehmen keine soziale Verantwortung für unsere Mitarbeiter. Alles Sozialklimbim. Der Mensch ist eine Maschine und hat zu funktionieren. Dafür wird er bezahlt. Das genügt.

Der Kfz-Verband NRW gebärdet sich, als könne er vor Kraft kaum laufen. Seine Tarifforderungen sollen der politische Preis dafür sein, dass er überhaupt noch Tarifverträge abschließt. Er wird damit nicht durchkommen.

INTERVIEW

»Die höhere Mehrwertsteuer halte ich für keine gute Idee«

Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Robert M. Solow kritisiert die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsexperten in Deutschland. Sein Vorwurf: Es geht immer nur um Arbeitsmarktreformen. Andere Instrumente werden unnötig ausgeblendet.

metallzeitung: Sie sagen, die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland sei beschränkt. Warum denn und worauf?

Robert Solow: Die Diskussion ist auf Arbeitsmarktreformen beschränkt. Auf die Öffnung des Arbeitsmarkts und die Ausweitung der Niedriglohnarbeit. Es gibt keine Diskussion über eine echte, makroökonomische Wirtschaftspolitik, anders als in den USA und in Großbritannien.

metallzeitung: Aber jetzt geht es ja aufwärts. Also haben die Arbeitsmarktreformen doch gewirkt, wie die Experten sagen?

Solow: Die Frage ist doch: Wo sind die Leute beschäftigt – und wie? Wenn die Arbeitslosigkeit wegen einer Zunahme von Niedriglohn- und Minijobs sinkt, dann ist das kein erfolgreicher Weg. Auch wenn die Senkung der Arbeitskosten kurzfristig zusätzliche Jobs bringt. Das ist keine Basis für einen dauerhaften Aufschwung. Das ist ein sehr unproduktiver Ansatz, weil er die gesamten Kosten der wirtschaftlichen Expansion den Arbeitnehmern auflädt. In den letzten zehn



Foto: afp / picture-alliance

Robert M. Solow hält die neoliberale Wirtschaftspolitik für falsch.

Jahren gab es doch bereits eine außergewöhnliche Lohnzurückhaltung in Deutschland. Und eine Wirtschaft, die soviel Erfolg im Export hat, leidet wohl kaum an einem unflexiblen Arbeitsmarkt und zu hohen Löhnen.

metallzeitung: Wo liegen denn dann die Probleme?

Solow: Zum einen hakt es bei der Innovation und neuen Technologien. Auch die Unternehmen sind da oft nicht gut im Wettbewerb aufgestellt. Außerdem war

Zur Person

Robert M. Solow ist einer der bedeutendsten Ökonomen weltweit. Für seine Wachstumstheorie erhielt er 1987 den Nobelpreis. Solow gehört keineswegs zur gewerkschaftsnahen keynesianischen Schule, sondern gilt als Neoklassiker. Ebenso wie der neoliberale Mainstream der deutschen Experten. Zwar ist auch Solow für eine möglichst freie Wirtschaftsordnung. Doch anders als die deutschen Neoklassiker hält er die totale Konzentration auf Arbeitsmarktreformen, Sozialabbau und niedrige Löhne in Deutschland für falsch. Statt dessen fordert er einen breiteren makroökonomischen Ansatz. Solows Aufsatz »Die Beschränktheit der makroökonomischen Debatte überwinden« ist in einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit herausgegebenen Buch erschienen. Dort analysieren internationale Ökonomen Fehler der deutschen Politik.

► Ronald Schettkat, Jochem Lankau (Hg.): »Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine neue Wirtschaftspolitik«, Dietz 2007, 16,80 Euro.

die Geld- und Finanzpolitik schon immer prozyklisch. Wenn die Wirtschaft wächst, wird stimuliert. Und wenn die Wirtschaft stagniert, wird gespart, statt mit einer expansiveren Finanzpolitik zu helfen. Und die Geldpolitik ist übertrieben streng. Schon die Bundesbank hat nie Verantwortung für Produktion und Beschäftigung übernommen, sondern war immer nur darauf aus, die Inflation zu drücken. Die Europäische Zentralbank macht so weiter. Die Federal Reserve [die Zentralbank der USA] dagegen ist ausdrücklich gehalten, sowohl auf niedrige Inflation, als auch auf hohe Beschäftigung zu achten. Zusätzlich engen die Maas-tricht-Kriterien und der Wachstums- und Stabilitätspakt die Möglichkeiten einer antizyklischen Finanzpolitik viel zu sehr ein. Das ist doch das einzige makroökonomische Instrument, das nach der Währungsunion übrig bleibt. Da müsste endlich eine Politik erlaubt sein, die zur wirtschaftlichen Lage passt.

metallzeitung: Wie sollte denn eine bessere Politik aussehen?

Solow: Ich denke, ein gesamt-heitlicher makroökonomischer Ansatz würde eine ausgeglichene politische Lösung für die deutsche Gesellschaft möglich machen. Dazu gehört eine expansivere Fiskalpolitik, mit Anreizen für Investitionen in neue Technologien, Bildung – und in mehr produktive Arbeitsplätze mit mehr Kaufkraft. Die Mehrwertsteuer-Erhöhung halte ich da übrigens für keine gute Idee. Die Arbeitenden müssen einen Ausgleich für ihre Lohnzurückhaltung der letzten Jahre bekommen. Mehr Arbeit. Und damit meine ich nicht Niedriglohnjobs. In der Geschichte des industriellen Kapitalismus waren nicht niedrige Löhne die Quelle echten Wachstums, sondern steigende Produktivität und Nachfrage. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Azubis: Überstunden statt Anleitung

Der aktuelle Ausbildungsreport des DGB gibt vielen Betrieben schlechte Noten. Sie nutzen Lehrlinge vor allem als billige Arbeitskräfte aus und leiten sie nur ungenügend an.

Während Betriebe immer lauter über fehlendes Fachpersonal klagen, hat eine aktuelle Befragung des DGB erhebliche Qualitätsmängel bei der Ausbildung registriert. So gab fast jeder dritte Azubi an, nur »manchmal«, »selten« oder »nie« angeleitet zu werden. Offenbar rächt sich jetzt, dass bereits vor vier Jahren die »Ausbildereignungsverordnung« (AEVO) ausgesetzt worden ist – angeblich hielt sie Betriebe vom Ausbilden ab. Der DGB fordert, sie sofort wieder in Kraft zu setzen.

Auch die zunehmenden Überstunden deuten an, dass Ausbildungsinhalte oft vernachlässigt und Lehrlinge ausgenutzt werden. Nach der DGB-Umfrage leisten 42 Prozent der Azubis regelmäßig Überstunden. Gegenüber 2006 bedeutet das ein Anstieg von acht Prozentpunkten. »Auszubildende sind nicht dazu da, Auftragsspitzen abzufangen«, warnt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock daher die Betriebe.

Beim Ranking der Ausbildungsberufe haben Industriemechaniker am besten abgeschnitten. »Wer sich für diesen Beruf entscheidet, hat gute Chancen, dass



Foto: www.BilderBox.com

Industriemechaniker haben am besten abgeschnitten.

fachliche Anleitung, Ausbildungsinhalte und Vergütung stimmen«, lobt der DGB.

Dafür fanden sich bei IT-Systemspezialisten, Fachinformatikern und Elektronikern unverhoffte Defizite. Vor allem Fachinformatiker beklagten sich über mangelhafte fachliche Anleitung. Folglich landeten diese Berufe nur im Mittelfeld. Vor einem Jahr waren sie noch Spitze. Als mittelmäßig stuft der DGB auch die Ausbildung angehen-

der Kfz-Mechatroniker ein. Viele Azubis beklagten ausbildungsfremde Arbeiten.

Alarmierend: Nur 16,8 Prozent der befragten Azubis, über fünf Prozent weniger als 2006, rechnen mit einer Übernahme. Sehrbrock: »Sie müssen mehr arbeiten, und ihre Zukunft bleibt ungewiss.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

► www.dgb.de → Themen
► www.dr-azubi.de

PFLAUME DES MONATS

BILD dir deine Meinung

Mathias Döpfner, 44, ist Chef eines Konzerns, dem alles Mögliche gehört. Zum Beispiel der Springer-Verlag. Anfang Oktober ließ er dessen Flaggschiff »Bild«-Zeitung mit einer Kampagne gegen den Mindestlohn vom Stapel laufen. Wie so oft, segelte das Blatt unter der Flagge »Anwalt der Arbeitnehmer«. In diesem Fall mimte es vor allem den »Anwalt« der Beschäftigten bei den privaten Konkurrenten der Post. Mindestlöhne vernichten Jobs, lautete die Botschaft in »Bild« (und anderen Springer-Blättern). Als »Experten« kamen so unabhängige Leute zu Wort wie der Präsident des Verbands privater Postzusteller, Gerster, und ein Mann namens Thiel. Der ist der Chef von PIN, einem der größten deutschen

privaten Postunternehmen. Bei PIN gibt es Stundenlöhne von 4,50 Euro brutto. Eine gute Basis, um der Post, die Tariflöhne zahlt, durch Billigkonkurrenz das Wasser abzugraben und den Reibach zu machen, wenn der Briefmarkt 2008 freigegeben wird. Dass die Dumpinglöhne Jobs bei der Post gefährden, ist für die Springer-Presse kein Thema. Aber die Post gehört auch nicht dem Konzern, dem Döpfner vorsteht. Dem gehört PIN.



Foto: Teich / Caro

José Fernández Nunez, 28, Instandhalter bei Hörmann Automotive Components, ehemals MAN in Gustavsburg:

»Die IG Metall kenne ich schon seit meiner Kindheit, mein Vater war bei Opel in Rüsselsheim und selbst Metaller. Seit meinem ersten Seminar als JAV bin ich volles Rohr dabei. Ob ich stolz bin ein Metaller zu sein – aber hallo! ›Alle für einen, einer für alle‹, so läuft das bei der IG Metall.«



DIE POLITISCHE ZUKUNFT DER IG METALL

Warum es wieder in ist, Gewerkschafter zu sein

Das Image der Gewerkschaften in Deutschland wandelt sich. Gestern noch Dinosaurier und Betonkopf sind sie heute wieder gesellschaftspolitische Institutionen, denen etwas zugetraut wird. Kein Wunder, denn immer mehr Menschen leiden unter Minijobs oder Leiharbeit. Niemand will bis 67 arbeiten. Und jeder will von seinem Vollzeitjob auch leben können. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollen das zunehmend kapitalistische System nun wieder in die richtige Lage bringen. Ein Trend, der sich in steigenden Mitgliederzahlen messen lässt – vor allem bei jungen Arbeitnehmern.

Noch vor ein paar Jahren stellte sich FDP-Chef Guido Westerwelle vor laufende Kameras und bezeichnete Gewerkschaften als »Plage«. Heute fährt der Gewerkschaftshasser auch mal den gleichen Kurs wie die Arbeitnehmervertreter und schimpft über viel zu hohe Managerlöhne.

Auch im Fernsehen weht ein anderer Wind: Noch vor einigen Wochen lud Sabine Christiansen zu ihrer Sendung mit Vorliebe neoliberale Scharfmacher ein. Bevorzugt kamen bei ihr Leute zu Wort, die Arbeitgeberpositionen vertraten. Jetzt sitzt Talkmasterin Anne Will auf Christiansens Stuhl und lässt endlich Arbeitnehmer zu Wort kommen. Zum Beispiel solche, die obwohl sie einen Vollzeitjob haben so wenig verdienen, dass sie davon nicht leben können.

Und vor wenigen Tagen sorgte Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) in Niedersachsen für Schlagzeilen. Seite an Seite mit der IG Metall setzt er sich für die Fortführung der Altersteilzeit ein.

Soviel Populismus sollte eigentlich misstrauisch machen. Aber Umfragen stützen den neuen Schmusekurs der Politiker und der Medien mit den Gewerkschaften. Es ist angesagt links zu denken. Es ist wieder modern Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Kurzum: Es ist wieder in, Gewerkschafter zu sein. Kein Wunder, denn in keinem anderen Industrieland ist laut einer Umfrage der »Financial Times« die Ablehnung gegen ein Wirtschaftssystem nach amerikanischem Vorbild so groß wie in Deutschland. Das Meinungsforschungsinstitut Emnid ermittelte sogar, dass jeder dritte Deutsche links denkt und fühlt.

Im Gegenzug rücken Gewerkschaften und ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft. Denn die Mehrheit der Deutschen wünscht sich, dass der Einfluss der Gewerkschaften wieder steigen soll. »Deutschland rutscht nach links«, schreibt die Wochenzeitung »Die Zeit«. Das belegen weitere Zahlen der Emnid-Untersuchung: 68 Prozent der FDP-Wähler befürworten die Einführung eines Mindestlohns. 82 Prozent der SPD-Wähler würden die Rente mit 67 wieder abschaffen. Und 71 Prozent der Unionswähler sind gegen die Privatisierung von Unternehmen wie Bahn, Telekom und Energieversorger.

Soziale Gerechtigkeit ist ein Begriff, mit dem die Menschen wieder etwas verbinden. Die Wirtschaftsliberalen sind auf dem Weg zu einer Minderheit, lautet das Fazit der Emnid-Umfrage. Das liegt auf der Hand, denn nach all den Jahren des sozialen Kahlschlags bekommen die Bürger es mit der Angst zu tun. Sind die Gewerkschaften und allen voran die mitgliederstärkste deutsche Gewerkschaft IG Metall das »Bollwerk

IG Metall Jugend ist mit neuen Konzepten erfolgreich

Mit fast 200 000 Mitgliedern unter 27 Jahren ist die IG Metall die größte Jugendorganisation in Deutschland. Und die Zahl der jugendlichen Mitglieder steigt wieder, allein in diesem Jahr um fast zwei Prozent. Das straft Medien und Politiker Lügen, die gern behaupten, die IG Metall komme bei der Jugend nicht an.

Möglich wurde der Erfolg bei der Jugend auch durch neue Konzepte. Die IG Metall wirbt systematisch an Berufsschulen und Hochschulen. In den Betrieben gibt es Begrüßungsrunden zu Beginn der Ausbildung. Und immer mehr Verwaltungsstellen laden die neuen Azubis schon vor Ausbildungsbeginn in Wochenendcamps ein. Hier lernen die »Neuen«



Foto: FM

Neue Azubis im Camp der IG Metall Ludwigsfelde am Huschee-See. Im Angebot für die jungen Metaller: Spiel, Sport, Spaß und Politik.

Betriebsrat und IG Metall in lockerer Atmosphäre kennen. Fast alle werden anschließend Mitglieder. »Ich bin mitgefahren, um meine Mitazubis kennenzulernen. Die IG Metall habe ich zuerst gar nicht wahrgenommen«, sagt Jenny Reßler. Nur wenige Wochen später wird sie Jugend- und Auszubildendenvertreterin bei Daimler in Ludwigsfelde. Ein Jahr danach ist sie JAV-Vorsitzende. »Irgendwer muss ja unsere Rechte vertreten. Ich wollte das in die Hand nehmen und mitgestalten.«

Aber die IG Metall muss noch mehr tun, für die, die bereits Mitglieder sind, findet Reßler. Die IG Metall-Jugend arbeitet daran. Beispielsweise gibt es jetzt auch »Auslernerrunden« am Ende der Ausbildung. Und natürlich immer kreative, gemeinsam entwickelte Aktionen. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Fortsetzung auf Seite 12 >



**Nina Burger, 29,
Entwicklungsin-
genieurin beim
Autozulieferer
Conti Teves in
Frankfurt:**

»Nach dem Maschinenbaustudium vor drei Jahren habe ich bei Conti angefangen. Über Arbeitskollegen kam ich zur IG Metall. In meiner Freizeit fahre ich mit anderen Metallern Motorrad. Soziale Aspekte und die Gerechtigkeitsfrage haben mich zur IG Metall gebracht.«



**Gerhard Bär, 40,
Bürokaufmann bei
Deublin in Hofheim
am Taunus:**

»Seit vielen Jahren bin ich Mitglied und seit kurzem Betriebsratsvorsitzender. Ich bin überzeugt, dass die IG Metall das Richtige macht. Das will ich unterstützen, damit andere das auch so sehen. Das ist nicht einfach, da die IG Metall in den Medien oft nicht gut wegkommt. Ich werde auch künftig für die Sache der IG Metall eintreten und wenn es sein muss kämpfen.«

Fortsetzung von Seite 11 >

gegen den verschärften Druck auf Löhne und Gehälter, den die globalisierte Wirtschaft mit sich bringt? Ja, schreibt die Wochenzeitung »Die Zeit«. Und auch Gewerkschaftsforscher und Professor aus Hannover, Michael Vester, stellt fest: »In der öffentlichen Akzeptanz haben die Gewerkschaften den Tiefpunkt durchschritten.« Die Achtung in der Bevölkerung steigt spürbar, lautet Vesters Befund. Die jüngste Umfrage der »Financial Times« bestätigt: Über 60 Prozent der Befragten glauben, dass Gewerkschaften eine bedeutende Rolle am Arbeitsplatz haben.

Jetzt erweist es sich als Segen, dass sich die IG Metall in den vergangenen Jahren nicht dem vorherrschenden Mainstream gebeugt hat. Gerade weil sie sich nicht geändert hat, ist sie jetzt glaubwürdiger denn je. Zum Beispiel beim Thema Mindestlohn. Vor Jahren hat niemand daran geglaubt, dass der Mindestlohn in Deutschland kommen würde. Jetzt steht das Thema auf der politischen Agenda ganz oben. »Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob der Mindestlohn kommt, sondern wann er kommt«, sagt Jürgen Peters, Erster Vorsitzender IG Metall. Auch der Streit zwischen Ministerpräsident Kurt Beck und Vizekanzler Franz Müntefering über eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I zeigt: Selbst in der CDU gibt es in dieser Frage Bewegung. Und sogar Ex-Kanzler Gerhard Schröder mischte sich in den Streit ein: »Die Agenda 2010 sind nicht die zehn Gebote.« Daran glaubt die IG Metall schon lange. Sei es mit der nachhaltigen Kritik an den Arbeitsmarktreformen oder beim Thema Rente mit 67 Jahren: 300 000 Metallerrinnen und Metaller gingen im Frühjahr auf die Straße um gegen das Gesetz zu demonstrieren.

Die Trendwende zeigt sich auch bei den Mitgliederzahlen: Die Zahl der Eintritte steigt. Die Austritte werden weniger. Ein Trend, der sich in allen Branchen widerspiegelt. Vor allem dort, wo es Tarifstreitigkeiten gibt, verbucht die IG Metall Mitgliederzuwächse. Zum Beispiel im Kfz-Handwerk. Dort kündigten zahlreiche Betriebe den Flächentarifvertrag auf. Weil dadurch weniger Lohn droht, traten seit Jahresbeginn allein in Nordrhein-Westfalen fast 2000 Kfz-Handwerker in die IG Metall ein. Kurzum: Dort wo es Zoff gibt, gibt es Mitgliederzuwachs. Und das gilt für alle Branchen.

INTERVIEW



Foto: Mark Mülhhaus / atenzione

metallzeitung
sprach mit dem
Gewerkschafts-
forscher Michael
Vester, Professor
an der Universität
Hannover.

metallzeitung: Bis vor kurzem schien es, als stünden Gewerkschaften mit dem Rücken zur Wand. Ist der Tiefpunkt durchschritten?

Vester: Die großen Verluste der vergangenen zehn Jahre sind damit vorbei, auch wenn die Zuwächse noch bescheiden sind. Der Neoliberalismus ist tief diskreditiert. Wir beobachten einen Meinungswandel, der den Gewerkschaften mehr Chancen gibt.

metallzeitung: In Umfragen kommt zum Ausdruck, dass linke Positionen in Deutschland wieder Zulauf gewinnen.

Vester: Gewerkschaften haben ein berechtigtes politisches Mandat.

Siemens VDO-Betriebsrätin Nurgül Schabe aus Karben bringt es auf den Punkt: »Mit der IG Metall sind wir einfach auf der stärkeren Seite. Jetzt, wo es bei uns um die Standortsicherung geht, denken wieder mehr Menschen so und treten bei uns ein. ›Ein einzelnes Streichholz kann man brechen – eine ganze Schachtel nicht.« Aber auch weil die Reformpolitik immer mehr Schwache alleine lässt, genießt Solidarität wieder große Popularität. Eine traditionelle Tugend der IG Metall: »›Alle für einen, einer für alle‹, so läuft das bei der IG Metall«, betont José Fernández Nunez, Instandhalter bei Hörmann Automotive Components in Gustavsburg.

Dieser Kampfgeist kam letztendlich auch bei den guten Tarifverträgen der vergangenen zwei Jahre zum Tragen. »Unsere Tarifabschlüsse haben uns als IG Metall gestärkt«, freut sich der Zweite Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Ein Erfolg, der sich nun auch in den Mitgliederzahlen niederschlägt. Huber: »Die schwarze Null ist bei der Mitgliederentwicklung wieder in greifbare Nähe gerückt.«

Die Menschen besinnen sich also auf die Gestaltungsmacht der Gewerkschaften. Laut Emnid-Umfrage bewertet eine Mehrheit der Deutschen die Rolle der Gewerkschaften mittlerweile sogar als »eher zu klein«. Darauf kann die IG Metall aufbauen. Nun bleibt abzuwarten ob es neben den hohen Managergehältern noch andere gewerkschaftliche Themen gibt, die FDP-Chef Guido Westerwelle beim nächsten Wahlkampf von den Gewerkschaften übernimmt, um ebenfalls voll im Trend zu sein. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

► Mehr zum Thema in dem Buch von Michael Vester u.a.: »**Die neuen Arbeitnehmer**«, VSA-Verlag 2007, 17,80 Euro. ISBN 978-3-89965-256-7. Mit dem Vorwort »Eine Gewerkschaft für alle« von Berthold Huber.

MITMACHEN EURE MEINUNG IST GEFRAGT

Welche Erfahrungen habt ihr als Metallerinnen und Metaller? Wie kommt euer gewerkschaftliches Engagement in eurem privaten Umfeld an? Wie erlebt ihr persönlich den Stellenwert der IG Metall in der Gesellschaft? Schreibt uns eure Meinung an folgende Adresse: ► metallzeitung@igmetall.de

Das ist vielen klar geworden, die mit der sozialen Schieflage und mit den Rentenplänen nicht einverstanden sind.

metallzeitung: Worauf sollte sich die IG Metall konzentrieren, um wieder zu alter Stärke zurückzukehren?

Vester: Sie sollte auf jeden Fall fortfahren, sich gesellschaftspolitisch zu positionieren, zum Beispiel auf dem Feld der Bildungspolitik. Die technische Intelligenz ist beispielsweise eine wachsende Gruppe, wo die IG Metall Boden gut machen kann. Das Netzwerk für Ingenieure ist hier ein Beispiel für ein viel versprechendes Pilotprojekt.

metallzeitung: Hat die IG Metall bei bestimmten Beschäftigtengruppen etwas versäumt?

Vester: In den technischen Expertenberufen gibt es immer mehr Frauen. Bei ihrer Ansprache kann man einiges verbessern. Frauen sind in Fragen von Solidarität sehr kompetent und hervorragende Multiplikatoren für Gewerkschaftsthemen. Man braucht neue Mitmachformen für alle. Interessenvertretung in den Betrieben durch Ehrenamtliche wird künftig bedeutender werden.

Oliver Hornung, 40, Aufzugmonteur bei Otis in Frankfurt am Main:

»In der IG Metall stehen wir uns zur Seite und machen uns Gedanken, von der Ausbildung bis zur Rente. Gemeinsam erreicht man einfach mehr.«



Nurgül Schabe, 47, E-Werkerin, Leiterplatten-Reparatur bei Siemens VDO in Karben:

»Ich bin IG Metall-Vertrauensfrau und seit acht Jahren auch im Betriebsrat. Mit der IG Metall sind wir einfach auf der stärkeren Seite. Jetzt, wo es bei uns um die Standortsicherung geht, denken wieder mehr Menschen so und treten bei uns ein. ›Ein einzelnes Streichholz kann man brechen – eine ganze Schachtel nicht.«



FIRMENBESTATTUNG IN LUCKENWALDE

Kreative Totengräber



Foto: Digital Vision

Wie wird eine Firma auf einen Streich Schulden und unbequemes Personal los? Indem sie den Betrieb in einer stillen Zeremonie beerdigt. Gläubiger-Forderungen, Sozialplan-Abfindungen – ruhet in Frieden. Tausendfach wird diese Methode Jahr für Jahr in Deutschland praktiziert – in großen Städten und auf dem platten Land. Es ist wirtschaftlicher Alltag. Die Szenen, die hier geschildert werden, spielten sich in Luckenwalde ab. Es könnte aber auch anderswo und überall sein.

Wenn der Maurer Horst Klein* mal nicht arbeitslos ist, ist er Geschäftsführer. Eine der Firmen, die er in seinem Leben schon »geführt« hat, heißt Hesco. Sie saß, bis er sie 2003 »kaufte«, im brandenburgischen Städtchen Luckenwalde, etwa 50 Kilometer südlich von Berlin, und produzierte Kunststoffteile. Bis Horst Klein kam. Er knipste das Licht aus, meldete Insolvenz an und setzte die 62 Beschäftigten vor die Tür.

Dass der Betrieb so marode dastand, hatte einen Grund: Vor dem »Verkauf« hatten die vorherigen Eigentümer die Vermögenswerte auf eine neue Firma übertragen. Die gibt es noch. Sie heißt auch Hesco, arbeitet am selben Standort wie die alte, in einem ansehnlichen, modernen Gebäude im »Biotechnologiepark« von Luckenwalde, und mit der Hälfte der alten Belegschaft. Selbst die Gesellschafter sind die gleichen: Familie Reiche aus Luckenwalde. Was die alte und neue Hesco unterscheidet: Geschäftsführerin der alten Firma war Birgitt Reiche, in der Region auch bekannt und populär als CDU-Kreistagsabgeordnete und als Mutter der CDU-Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche. Im neuen Betrieb führt ihr Mann nun die Geschäfte.

Aber es gibt noch ein paar Unterschiede: Die neue Hesco hat keine Schulden. Die blieben bei der alten Firma. Und die ist nach der Übertragung des Vermögens auf die neue zahlungsunfähig, so dass es bei ihr für den Insolvenzverwalter nichts mehr zu holen gibt. Außerdem ist die neue Hesco einen Teil der Beschäftigten los. Und den Betriebsrat. Sozialplan-Abfindungen haben die Entlassenen, darunter viele IG Metall-Mitglieder, bisher nicht gesehen. Auch mehrere Monatslöhne blieb Hesco ihnen schuldig.

Der klassische Fall einer Firmenbestattung: Ein Unternehmen wird künstlich arm gemacht, in den Konkurs gejagt und die Gläubiger gucken in die Röhre. Zum Beispiel die Arbeitnehmer, denen der Betrieb Löhne und Abfindungen schuldet. Kommt ein Gläubiger doch noch auf die Idee zu versuchen, an sein Geld zu kommen, ist die Firma nicht mehr auffindbar. Dafür sorgen die »Geschäftsführer« der Pleitefirma. In Luckenwalde verlegte Horst Klein den »Firmensitz« auf einen halb verfallenen Bauernhof in Sachsen-Anhalt. In eine Dorfstraße, die schon öfter »Sitz« von Konkursunternehmen war.

Drahtzieher im Hintergrund bei der Hesco war ein schon erfahrener Firmenbestatter, ein Rechtsanwalt aus Potsdam. Der überaus gewiefte Jurist hat den Medien allerdings vor kurzem eindringlich verboten, seinen Namen zu nennen.

2003 war er noch nicht so scheu. Damals prahlte er über sein Engagement bei der Hesco-Insolvenz gegenüber der »Märkischen Allgemeinen Zeitung«: »Man muss ein bisschen kreativ sein in der Marktwirtschaft.«

Dem Berliner Rechtsanwalt Rolf Rattunde, den das zuständige Amtsgericht als Insolvenzverwalter einsetzte, war dieses Verständnis von Marktwirtschaft zu »kreativ«. Rattunde hat einen Prozess vor dem Landgericht in Potsdam angestrengt: Die Richter sollen die Übertragung des Vermögens der alten auf die neue Hesco für nichtig erklären. Entweder soll das Vermögen rückübertragen oder Schadensersatz gezahlt werden. Daraus könnten dann Forderungen der Gläubiger gezahlt werden. Zu den Gläubigern gehört auch die IG Metall, die um die ausstehenden Löhne ihrer entlassenen Mitglieder kämpft. Laut »Märkischer Allgemeinen« geht es bei den ausstehenden Forderungen um rund drei Millionen Euro.

Auch ein Strafverfahren läuft. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den Anwalt, das Ehepaar Reiche und Strohmann Klein. Die Gründe: Untreue, Insolvenzverschleppung und Unterschlagung beziehungsweise Beihilfe dazu.

Jüngster Akt im Trauerspiel: Wohl um den hartnäckigen Insolvenzverwalter Rattunde und die millionenschweren Gläubiger-Forderungen los zu werden, wendet der angeklagte Jurist jetzt auch das Insolvenzrecht »kreativ« an. Das Tochterunternehmen einer Firma auf Zypern, deren »Director« – wer hätte es gedacht – er selbst ist, kauft billig Schuldtitel von Gläubigern auf, um eine Mehrheit auf der nächsten Gläubigerversammlung zu erhalten. »Hier wird doch der Bock zum Gärtner gemacht«, empört sich Hermann von Schuckmann. Er ist der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Ludwigsfelde, die auch für Luckenwalde zuständig ist.

Wie die Tragödie in der brandenburgischen Kleinstadt ausgeht, ist offen. Meist gehen solche Firmenbestattungen für die Gläubiger schlecht aus. Fast 15 000 Insolvenzstraftaten zählte das Bundeskriminalamt allein 2004. In den meisten Fällen kommt es jedoch gar nicht zur Anklage. »Es gibt eine ganz große Grauzone«, klagt Daniel Bergner, Geschäftsführer des Verbands der Insolvenzverwalter

in Berlin. Weil die Bestatter mit fachkundiger Hilfe von Rechtsanwälten die Spuren geschickt verwischen.

»Es ist immer die gleiche Masche«, sagt Bergner. Erst Gesellschafter- und Geschäftsführerwechsel. Dann wird die Firma umfirmiert und der Sitz verlegt, so dass die Gläubiger sie nicht mehr finden. Bohrt doch mal einer nach, wird sie flink beerdigt, das heißt: Insolvenz beantragt. Geschäftsführer wird ein Strohmännchen, meist Hartz IV-Empfänger, bei dem nichts zu holen ist. So umgehen die Eigentümer die persönliche Haftung.

Seit Mai gibt es einen Entwurf für ein Gesetz, mit dem die Bundesregierung Firmenbestattungen bekämpfen will. Es soll 2008 in Kraft treten. Für die Entlassenen von Hesco kommt es zu spät.

Eberhard Neumann war 46 Jahre alt, als er die Kündigung bekam. Zwei Jahre war der



Eberhard Neumann war eines der Opfer der »Insolvenz«. Nach der Entlassung war er lange arbeitslos. Und noch immer wartet er auf ausstehende Monatslöhne und eine Sozialplan-Abfindung.

ehemalige Betriebsratsvorsitzende arbeitslos. Rainer, sein Betriebsratskollege, war 56. Er fand nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit einen »miserabel bezahlten Job« in einem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb. Jetzt ist er wieder arbeitslos. Ein anderer hat jetzt einen Ein-Euro-Job. Was sonst aus den früheren Beschäftigten geworden ist, wissen sie nicht. Vielleicht weggezogen. Wie so viele, die keine Arbeit mehr fanden. Birgitt Reiche, frühere Chefin der Insolvenzfirma Hesco, ist noch da. Sie ist im Kreistag – als Sprecherin der CDU für Soziales. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

*Namen von der Redaktion geändert

Mehr Infos zum Thema Insolvenz und Firmenbestattung gibt es unter:
► www.igmetall.de/metallzeitung

DER LESER HAT DAS WORT

Es kann jeden treffen

metallzeitung 10/2007, Aktuell, »Pflegerreform wirft Licht und Schatten«

»Die politischen Diskussionen über eine unbezahlte Pflegezeit sind längst überfällig. Es kann jederzeit plötzlich und unerwartet jeden von uns treffen. Neben Job, Haushalt und den Kindern versorgen mein Mann und ich gemeinschaftlich unsere Mütter. Wir pendelten zwischen drei Haushalten. Anlässe, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, waren gänzlich unmöglich geworden. Wir funktionierten im Job und zu Hause – Robotern gleich.«

Dorothea und Dieter Möller, per E-Mail

Ungesund und unmenschlich

metallzeitung 10/2007, Aktuell, »Leben findet kaum noch statt«

»Mein Arbeitgeber hat im Januar 2006 die Zwölf-Stunden-Schicht eingeführt. Dass man mit diesem Schichtsystem das Privatleben an diesen Arbeitstagen praktisch abhaken kann, steht außer Frage. Es steht auch außer Frage, dass solch ein Arbeitsmodell ungesund und eigentlich unmenschlich ist.«

Jörn Friedrich, Radeberg

Gierige Arbeitgeber

metallzeitung 10/2007, Aktuell, »Kfz: 40-Stunden-Woche?«

»Die Arbeitgeber im Kfz-Gewerbe werden immer gieriger. Erst werden die eigenen Kunden »ausgenommen«, dann die eigenen Mitarbeiter.«

Wilhelm Parowka, Gelsenkirchen

»Mir sind mehrere Betriebe in der Umgebung bekannt, wo seit längerem 42 Stunden die Woche gearbeitet wird. Darum sollten alle IG Metall-Mitglieder die Aktion »Aufstehen für den Flächentarifvertrag« unterstützen und zum Beispiel ihre Autos in tarifgebundenen Betrieben reparieren lassen.«

Harald Friedrich, Witten

Einfach nur Menschen

metallzeitung 10/2007, Leben, »Reinrassige Metaller«

»Dass die IG Metall von reinen Rassen spricht, ist unglaublich. Auch wenn es hier nicht wortwörtlich gemeint war. Es gibt keine reinrassigen Menschen. Wir sind einfach nur Menschen, egal wie wir aussehen und woher wir kommen.«

Angelika Kraft-Dlangamandla, Düsseldorf

Moderne Sklaverei

metallzeitung 10/2007, Titel, »Beschäftigte zwischen Angst und Wut«

»Ich musste selbst bei verschiedenen Leihfirmen arbeiten und habe die Erfahrung gemacht, dass diese Arbeitgeber extrem unseriös sind. Ich glaube, dass so viele feste und gutbezahlte Arbeitsplätze verloren gehen. Gleichzeitig wird den eigenen Leuten mit Entlassung gedroht, um sie beim Lohn extrem knapp halten zu können.«

A. Frühauf, per E-Mail

»Wenn man so etwas liest, geht einem ja die Hutschnur hoch. Das ist moderne Sklaverei und gehört in dieser Form verboten. Die Idee der Leiharbeit finde ich eigentlich ganz gut. Aber unter gleichen Bedingungen und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Zudem sollte es eine »Flexibilitäts-Prämie« geben.«

Werner Müller, Bremen

»Ich habe bis jetzt fast nur gute Erfahrungen mit Leiharbeit gemacht. Ich arbeite in einem Entleihbetrieb, in dem mich die Kollegen für voll nehmen und mich schätzen. Ich bin zwar keine Fachkraft, aber ich werde dort als kompetente Kraft respektiert und akzeptiert. Natürlich ist der Lohn

mit 6,80 Euro brutto die Stunde nicht gerade berauschend. Ich komme grade so über die Runden. Aber ich bin im Endeffekt glücklich, dass ich eine Arbeitsstelle und Kollegen habe, die – wenn es hart auf hart kommt – zu mir halten. Ob Leiharbeiter oder Stammbeschaft: Es gibt ein »wir.«

Sascha Borger, St. Augustin

Freizeitfahrzeug

metallzeitung 10/2007, Arbeit, »Stress durch Pendeln«

»Man kann alle beglückwünschen, die einen kurzen Pendelweg haben. Das Auto ist dann nur noch ein Freizeit- und Wirtschaftsfahrzeug.«

Karl Hubrich, Creuzburg

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: Entweder per E-Mail an metallzeitung@igmetall.de oder aber auch per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen.

LESERFOTO DES MONATS



Dieses Foto wurde in London geschossen. Es zeigt die alte Hydraulikanlage der Tower-Bridge. Die Anlage hebt die Brücke, damit große Schiffe auf der Themse durchfahren können. Metaller Wolfgang Kompalla hat uns mit dem Leserfoto dieses Mal einen spannenden Blick in die – manchmal ferne – Welt der Arbeit gegeben.

MITMACHEN FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: »Mensch und Arbeit.« Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis ein multifunktionales Braun Digital Radio. Nähere Informationen und auch die Teilnahmebedingungen zum Wettbewerb erhältst du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI CLAUDIA GABELE-GIELE

Berge, Bilder und Betriebsrat

Claudia Gabele-Giele erklimmt Berge. Einige hat sie bereits überwunden: Arbeitslosigkeit, Umschulung, Leiharbeit – schon vor 20 Jahren. Heute ist sie Vertrauenskörper-Vorsitzende bei Siemens ISS Postal Automation in Konstanz. Sie kämpft für Aus- und Weiterbildung und gegen Leiharbeit. Und sie malt. Berge und mehr. Ihre Bilder zeigt sie jetzt auf Ausstellungen.

Sieben ihrer Bilder hat Claudia Gabele-Giele an diesem Morgen zur Arbeit mitgebracht. Mit dem Fahrrad – wie immer. Ihre »Bergwelten« sind Reliefs in Blau- und Grautönen, aus Mörtel, Sand und Steinen, die sie von ihren Bergwanderungen mitbringt.

Schon als kleines Kind interessierte sie sich für Malerei, lernte von ihrer Tante, einer bekannten Kunstmalerin in Südtirol. Und sie liebt die Berge, war auch schon mehrmals im Himalaya. »In den Bergen schalte ich ab. Da kommen mir Ideen«, erzählt sie.

Ideen für die Arbeit in Betriebsrat und Vertrauenskörper im Siemens Postanlagenwerk Konstanz: Ausgefallene Aktionen und differenzierte, kritische Flugblätter zu betrieblichen Themen, wie Era oder Arbeitszeitmodelle – aber auch zur Globalisierung und zum Afghanistan-Krieg. Es wird viel diskutiert, in der Belegschaft, mit der Geschäftsleitung. Das kommt an bei den Beschäftigten, von denen mehr als die Hälfte in Entwicklung und Konstruktion arbeiten.

Für die neuen Auszubildenden gibt es eine Einführungs-Betriebsrallye. Sie lösen Aufgaben zum Betrieb, aber auch zu Arbeitsrecht und Gewerkschaft. »Da kommt beispielsweise die Frage: Wie ist die Gleitzeit für Azubis geregelt?«, erklärt die 49-Jährige. »Die Betriebsvereinbarung finden sie dann im Betriebsratsbüro. So lernen die Azubis uns, die IG Metall und ihre Rechte und Pflichten spielerisch kennen.«

Die Aus- und Weiterbildung ist Claudia Gabele-Gieles Sache. Der Betrieb hat immer noch eine große Ausbildungswerkstatt. »Einmal wollten sie Ausbildungsplätze abbauen«, erinnert sie sich. »Auf der Betriebsversammlung traten die Azubis der Reihe nach ans Rednerpult, und sagten, warum Ausbildung wichtig ist. Die Ausbildungsplätze blieben. Heute sind es sogar zwei mehr.«

Sie selbst hat sich ihr Leben lang weitergebildet. Zuletzt studierte sie Werbegrafik und Design neben der Arbeit. Und immer wieder besuchte sie Malkurse an verschiedenen Kunstakademien. »Da habe ich gelernt: Ein Bild ist nicht von vornherein festgelegt. Während man daran arbeitet, verändert es sich – genau wie das Leben.«

Ursprünglich ist Claudia Gabele-Giele Hochbauzeichnerin. Mitte der 80er Jahre wurde sie nach einem Konkurs arbeitslos. Sie machte einen CAD-Kurs und eine Umschulung zur Technischen Zeichnerin. 1987 landete sie dann im Postanlagenwerk in der Konstruktion – als Leiharbeiterin.

Aus dieser Erfahrung kämpft sie heute gegen die Ausweitung der Leiharbeit und für mehr berufliche Qualifizierung. »Weiterbildung hieß für mich schon damals, Chancen zu wahren und nicht auf dem Markt unterzugehen.«

In die Gewerkschaft, die IG Bau, trat Gabele-Giele schon kurz nach der Ausbildung ein. Das war »als politischer Mensch einfach normal«. Im Postanlagenwerk hat sie bereits als Leihbeschäftigte den Mund aufgemacht. Gegen die Dunkelheit an den CAD-Arbeitsplätzen. »Das hat mir als Naturmensch nicht gepasst. Menschen brauchen Licht.« Fest eingestellt wurde sie trotzdem. Obwohl sie sich auch noch weigerte, Überstunden zu machen. »Arbeit soll einfach mehr verteilt werden, dann kann man Massenarbeitslosigkeit überwinden. Und das geht im Betrieb los.«

Der Betriebsrat wurde auf sie aufmerksam. Und dann ging es ganz schnell. Sie wurde auf Anhieb in den Betriebsrat gewählt und bald darauf Vertrauenskörper-Vorsitzende. Vor drei Jahren sah dann eine mit dem Betriebsrat arbeitende Rechtsanwältin ihre Bilder. Und plötzlich wurden ihre Bilder auf Ausstellungen gezeigt. Seither malt sie mehr und für ein immer grö-



Foto: Kersten Kromfuss / www.3k-foto.de

Metallerin Gabele-Giele tankt beim Malen Kraft für ihre Arbeit als Vertrauenskörper-Vorsitzende bei Siemens ISS in Konstanz.

ßeres Publikum. Doch Betriebsratsarbeit und Kunst schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. »Dann, wenn mir die Arbeit im Betrieb nachgeht, wie gerade die Era-Einführung, ist Malen wie Meditation für mich. Da tanke ich Kraft.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

RECHT SO

Kindergeld: Volljährige haben auch Anspruch

metallzeitung: Nach der jüngsten Rechtsprechung könnten mehr Eltern von Auszubildenden und Studierenden einen Anspruch auf Kindergeld haben. Was hat sich geändert, und wer hat überhaupt einen Anspruch auf Kindergeld?

Carsten Schuld: Kindergeld wird mindestens bis zum 18. Lebensjahr gezahlt. Längstens jedoch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, wenn das Kind noch zur Schule geht, eine Berufsausbildung macht oder studiert. Das Einkommen darf 7680 Euro im Jahr nicht übersteigen.

Sobald auch nur ein Cent mehr verdient wurde, entfiel bislang der komplette Anspruch auf Kindergeld sowie der Kinderfreibetrag. Das Finanzgericht Niedersachsen hat jetzt entschieden, dass dies verfassungswidrig ist. Nach diesem Urteil dürfe es nur eine verhältnismäßige Anrechnung geben. Dies hätte zur Folge, dass mehr volljährige Kinder Anspruch auf Kindergeld haben.

Eine andere Kammer desselben Gerichts hat eine gegenteilige Entscheidung gefällt. Hiergegen wurde Revision eingelegt, die Rechtsfrage bleibt also zunächst offen. Wir empfehlen Eltern, deren Kinder nur wenig mehr als 7680 Euro verdienen, schriftlich bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit Kindergeld zu beantragen. Wird dieser Antrag abgelehnt, sollten die Eltern Einspruch einlegen. Wird der Kinderfreibe-

trag komplett gestrichen, sollte gegen den Steuerbescheid Einspruch eingelegt werden.

Anspruch auf Kindergeld haben die Eltern, nicht die Kinder. Der Kindergeldanspruch kann aber von den Eltern an die Kinder abgetreten werden. Dann können die Kinder das Kindergeld selbst geltend machen.

Vom Kindergeldbezug sind weitere Zulagen abhängig: Wer pro Kalenderjahr für mindestens einen Monat Kindergeld bekommt, hat auch Anspruch auf die Kinderzulagen bei der Ruster-Rente und bei der Eigenheimzulage. Das Kindergeld rechnet bei Empfängern von Arbeitslosengeld II zum Einkommen, wenn es nicht von den Kindern selbst zur Deckung ihres eigenen Bedarfs benötigt wird. Bei volljährigen Kindern stellt das Kindergeld immer Einkommen der Eltern dar. ■

Carsten Schuld,
Jurist beim DGB-
Rechtsschutz
beantwortet hier
jeden Monat eure
Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Musterbriefe gibt es im Internet oder bei der zuständigen Verwaltungsstelle der IG Metall.

► www.igmetall.de/metallzeitung
→ Kindergeld

TELEFONAKTION LEIHARBEIT



In der Zeitarbeitsbranche werden Arbeitnehmerrechte leider oft mit Füßen getreten. der IG Metall bei der Telefonaktion der metallzeitung stellten. Von links: Rainer Reh

Viele Verstöße bei Arbeitszeiten und Geld

Leiharbeiter müssen um viele Selbstverständlichkeiten wie Urlaubsansprüche und die richtige Eingruppierung kämpfen.

Ich habe einen Teilzeitvertrag, arbeite jedoch Vollzeit, teilweise über 40 Stunden pro Woche. Bezahlte wird aber nur Teilzeit.

Informiere den Betriebsrat des Entleihers und die Leihfirma. Eventuell liegt ein Vertragsverstoß des Entleihers vor. Ein Anspruch auf Vollzeit ergibt sich daraus nicht automatisch. Wende dich dazu an deine IG Metall vor Ort. Bei Mehrarbeit muss der Betriebsrat des Entleihbetriebs zustimmen. Also wenn die Arbeitszeit die im Betrieb geltende wöchentliche Arbeitszeit übersteigt. Mehrarbeit muss vergütet oder in Freizeit ausgeglichen werden.

Darf mich mein Leiharbeitsunternehmen drei Wochen in unbezahlten Urlaub schicken, wenn es keine Arbeit für mich hat?

Nein, das verstößt gegen das Arbeitnehmerüberlassungsge-

setz. Danach sind Zeitarbeitsfirmen verpflichtet, ihren Beschäftigten auch bei fehlenden Einsatzmöglichkeiten das Tarifentgelt fortzuzahlen. Sie können Arbeitnehmer auch nicht auffordern, dafür Stunden aus dem Zeitkonto zu nehmen. Zwar sieht der Tarifvertrag mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) vor, Zeitkonten für verleihefreie Zeiten zu nutzen. Dies muss aber vorher mit dem Mitarbeiter vereinbart werden. Diese Einzelregelungen können auch nicht durch eine Betriebsvereinbarung ersetzt werden.

Ich habe nur etwa 1000 Euro Netto. Für meine Familie reicht das vorne und hinten nicht.

Stelle einen Antrag auf ergänzendes Arbeitslosengeld II bei der Arbeitsagentur. Das gilt auch, wenn das Arbeitslosengeld I nicht zum Leben reicht.



Foto: Frank Rumpenhorst

Das zeigten auch die Fragen, die Leiharbeiter aus ganz Deutschland den Experten wald, Alwin Boekhoff, Christian Iwanowski, Jürgen Ulber und Heide Schnare.

Mein Entleihbetrieb will mich übernehmen. Er soll dafür 5000 Euro an meine Zeitarbeitsfirma zahlen. Und ich darf sechs Monate lang nicht dort eingesetzt worden sein, bevor ich fest anfangen darf. Darf die Zeitarbeitsfirma solche Bedingungen stellen?

Eine Vermittlungsgebühr vom Entleihunternehmen ist leider zulässig, wenn sie vorher vereinbart wurde. Allerdings sagt der Gesetzgeber, sie muss angemessen sein. Nicht zulässig ist die Sechs-Monats-Frist. Die Beschäftigten einer Zeitarbeitsfirma müssen die Kündigungsfrist beim Entleiher einhalten. In so einem Fall am besten bei der Leiharbeitsfirma kündigen, und im Anschluss die neue Stelle antreten. Beratungen bieten auch die IG Metall-Verwaltungsstellen an.

Werde ich überhaupt korrekt bezahlt? Ich mache Facharbeit, lerne sogar Beschäftigte im Kundenbetrieb an, bin aber nach wie vor als Hilfskraft eingruppiert.

Es ist leider üblich, dass Leiharbeitsfirmen Fachkräfte als Hilfsarbeiter bezahlen. Du musst jedoch nach der tatsächlichen

Tätigkeit beim Entleiher bezahlt werden. Rede mit deinem Disponenten bei der Leihfirma und dem Betriebsrat der Entleihfirma. Der Disponent muss eventuell nachverhandeln. Vorsicht: Im BZA-Tarif muss eine höherwertige Tätigkeit erst nach einer Dauer von sechs Wochen auch höherwertig bezahlt werden.

Mein Arbeitgeber bietet mir ein niedrigeres Bruttoentgelt an und will dafür eine höhere Aufwandsentschädigung zahlen. Soll ich mich darauf einlassen?

Das ist eine Regelung aus dem BZA-Tarifvertrag. Danach können maximal 25 Prozent des Bruttoentgelts als Aufwandsentschädigung gezahlt werden. Wir halten das nicht für zulässig. Geringeres Bruttoentgelt heißt auch geringere Sozialbeiträge. Es werden weniger Ansprüche in der Rentenversicherung erworben, und das Arbeitslosengeld fiel entsprechend niedriger aus. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Mehr Fragen und Antworten:

► www.igmetall.de/metallzeitung
→ Telefonaktion

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Schickt uns mehr zivile Helfer nach Afghanistan«

Die afghanische Frauenrechtlerin und Parlamentarierin Malalai Joya kämpft für Demokratie und zivilen Wiederaufbau.

Mit kleinen, festen Schritten strebt Malalai Joya ihrer Pressekonferenz in Berlin entgegen. Eingeladen wurde die 29-Jährige von der Linksfraktion im Bundestag. Doch bevor sie das Rednerpult erreicht, gibt es einen Zwischenfall am Eingang: Aus Gewohnheit will sie einem herbeieilenden Mann den Vortritt lassen. Doch der hält ihr die Tür auf, bis sie zögernd eintritt.

Als Joya dann zum Mikrofon greift, zielt ihre Botschaft mitten hinein in die kontroverse Diskussion um das Mandat der Bundeswehr am Hindukusch: »Wir brauchen mehr internationale Hilfe, aber wir wollen keine Besatzung«, sagt sie. Ihre Botschaft: »Schickt mehr Zivilisten für den demokratischen Wiederaufbau Afghanistans. Spendet Geld für unsere zerstörte Infrastruktur.« Mit militärischen Mitteln allein seien weder Frieden noch Demokratie zu schaffen. Im Gegenteil: Gewaltsame Übergriffe auf Zivilisten, insbesondere Frauen, haben wieder zugenommen, sagte Joya. »Die USA und ihre Verbündeten haben uns vom Taliban-Terror befreit. Aber sie brachten Fanatiker an die Macht, die sich Nord-Allianz nennen.«

Die Folge: Die Lage der Frauen hat sich kaum verbessert. Ihre anfänglichen Hoffnungen auf Bildung, grundlegende Rechte und ein selbst bestimmtes Leben seien großer Ernüchterung gewichen. Joya: »Die Gewalt gegen Frauen in den Familien hat zugenommen, ihre Bildungschancen sind zu gering. Nur ein Mädchen von fünf besucht die Grundschule, eines von zwanzig geht auf eine weiterführende Schule.«

Ihre Forderung: Die deutschen Soldaten machen einen sehr guten Job beim Wiederauf-

bau. Jetzt sollte sich die deutsche Afghanistan-Politik freimachen von der Vormundschaft der USA.

Weil sie im Ausland und in ihrer Heimat laut die Stimme erhebt – für Frauenrechte und gegen die Präsenz von Islamisten, Drogenbaronen und Kriegsverbrechern in der obersten Volksvertretung – wurde Joya im Mai 2007 vom Parlament mit dem Entzug ihres Abgeordnetenmandats bestraft. Das bedeutet auch: Sie reist illegal. Die Ironie: Bei der Einreise nach Afghanistan verbirgt sie sich unter einer Burka. Das Sym-



Foto: Christian von Polentz / transit-berlin

Malalai Joya ist Mitglied des afghanischen Parlaments und überlebte vier Attentate.

bol der Unterdrückung afghanischer Frauen erweist sich als lebensrettend für die mutige Frauenrechtlerin. ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

Mehr Informationen über die Bildungs- und Gesundheitsprojekte für Frauen sowie das Spendenkonto von Malalai Joya gibt es unter:

► www.malalaijoya.com

LAUT UND LEISE

Martina Auth: »Mein Herz gehört mir!«

Der Roman »Mein Herz gehört mir« handelt von Lydia. Eine Frau, die von Geburt an wegen eines Herzfehlers eingeschränkt ist. Das Buch zeigt, dass es vor allem die Angst der »Gesunden« ist, die Menschen mit Einschränkung das Leben schwer macht. »Mein Herz gehört mir« macht Krankheit und Behinderung zur Normalität, authentisch und ohne Fatalismus. Die Autorin Martina Auth lebt selbst mit einem Herzfehler. Nachdem Martina Auth ihre Arbeit als Sonderschulpädagogin wegen der Infektionsgefahr aufgeben musste, machte sie eine Ausbildung als Bürokauffrau beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt, wo sie heute noch arbeitet.

► Martina Auth: »Mein Herz gehört mir! Leben mit einem angeborenen Herzfehler«, Ulmer Manuskripte, Blaubeuren 2007, 13,50 Euro.



Foto: Michael Schinke

Manfred Vollmer: »Feuer im Revier«

Der Fotokunst-Kalender von Manfred Vollmer, der auch für die **metallzeitung** fotografiert, zeigt das Ruhrgebiet von seiner eindrucksvollsten Seite: atemberaubende Bilder von den schönsten Industriedenkmälern und aus der Stahlproduktion, in Zusammenarbeit mit dem Westfälischen Industriemuseum. Zwölf Blätter mit Kalendarium, einem Deckblatt und einer Titelfolie, drucklackiert, Spiralbindung und einzeln eingeschweißt. ISBN 978-3-939973-02-7 Maße: 54,3 mal 42,3 cm, Preis: 32,50 Euro. Zu bestellen im Internet unter ► www.alcorde.de

**Bernd Köhler: »Die neue Welt«**

Viele Gewerkschafter kennen den Liedermacher Bernd Köhler unter seinem Spitznamen »Schlauch«. Auf seiner neuen CD schaffen er und das »Kleine Elektronische Weltorchester« Klangwelten aus Rock- und Hawaii-Gitarren, Akkordeon und Elektrosounds mit Anklängen an das Chanson. Die Texte sind politisch, auch mal raubeinig und skurril. Der Titel »SOS«, eine Parabel zum Thema Werkschließung, liegt ganz vorn in der internationalen Liederbestenliste deutschsprachiger Musik. »Ein Lied kann emotionale Grundlage für eine Aktion sein«, erklärt Köhler. Vor drei Jahren machte er mit dem Chor der Mannheimer Alstom-Belegschaft und »Unsere Chance: Résistance« erfolgreich gegen die Schließung des Werks mobil. ► Bernd Köhler, »Die neue Welt«, CD, JumpUp, www.jump-up.de, 15 Euro.

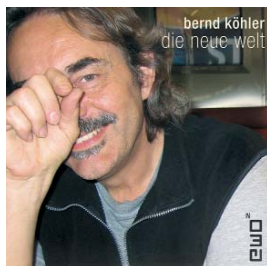


Foto: PR

MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► www.igmetall.de/metallzeitung

GUTER RAT

ALG II: Sind die Regelsätze verfassungswidrig?

Die IG Metall empfiehlt erwerbslosen Mitgliedern, gegen die Höhe der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II Widerspruch einzulegen.

Die IG Metall hat einem Mitglied bereits Rechtsschutz für eine Verfassungsbeschwerde gewährt. Sie ist beim Bundesverfassungsgericht anhängig (Aktenzeichen 1 BvR 1840/07). Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte schon im vergangenen Jahr gefordert, den Regelsatz des Arbeitslosengelds II um 20 Prozent von damals 345 auf 415 Euro anzuheben.

Handlungshilfe: Leistungsbezieher müssen gegen jeden neuen Bescheid eigenständig und fristgerecht Widerspruch einlegen und gleichzeitig das Ruhen des Verfahrens beantragen. Denn nur so können, für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht in Sinne der IG Metall entscheidet, die Rechte auf eine Nachzahlung gesichert werden.

Gehören mehrere Personen – auch minderjährige Kinder – zur Bedarfsgemeinschaft, muss jedes Mitglied Widerspruch gegen den Bescheid einlegen. Erziehungsbererechtigte können ihre minderjährigen Kinder vertreten.

Innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft kann auch ein Mitglied für alle den Widerspruch erheben, wenn es von den anderen schriftlich bevollmächtigt wird. Der Widerspruch richtet sich nur gegen die Höhe der ALG II-Regelleistung. Wenn andere Punkte im Bescheid, wie Einkommensanrechnung, Miethöhe oder dergleichen strittig sind, sollten diese Fragen vorab geklärt werden. Wichtig ist, dass auch gegen jeden neuen Bescheid, der einen neuen Bewilligungszeitraum umfasst, Widerspruch eingelegt werden muss.

Bei laufenden Widerspruchs-, Klage- oder Berufungsverfahren sollte unter Hinweis auf die anhängige Verfassungsbeschwerde hinsichtlich der Regelleistung das Ruhen des Verfahrens beantragt werden. Musterschreiben gibt es bei jeder Verwaltungsstelle oder im Internet. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung
→ ALG II: Musterwiderspruch



Ein Korb mit Obst, Gemüse, Milch und Brot bei einer Aktion in Berlin.

Foto: Soeren Stache / dpa / pa

RÄTSEL

1	2	3	4		5		6		7	8	9
10	2				11				12	13	
13		1			14			15	16		
		17	20			18	8		5		
19	20				21					22	
23	6				24	9			25	26	
			27				28			21	29
30		31	17		32	33			34		10
		35		36		37	7	38		39	
40	41			42	43	11			44		
45			46				47	4			48
49	18	50			51	52			53	54	3
		55		56	12			57	16	14	
58			15			59		19			

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
19	20	21															

WAAGERECHT

- 1 Einfuhr von Waren
- 6 Sänger
- 10 spöttisch: unwahrer Bericht
- 11 deutsch-luxemburgischer Grenzfluss
- 12 Hautfalte zum Schutz des Auges
- 13 römischer Name für die Karthager
- 15 Kultbild der Ostkirche
- 17 Kirchenbauwerk
- 18 Staat der USA
- 19 großer Grundbesitz
- 22 Autokennzeichen von Düren
- 23 linker Donzufluss
- 24 Schwur vor Gericht
- 25 17. Buchstabe des griechischen Alphabets
- 27 Nachrichtensender der USA
- 28 Gewebe mit geflammtem Muster
- 30 Strom in Sibirien
- 32 Fürwort
- 34 Teil der Woche
- 35 Arnozufluss
- 37 alt (engl.)
- 39 Autokennzeichen von Dortmund
- 40 sprechbegabter Vogel
- 42 kandierte Fruchtschale
- 45 Hohlmaß: 100 Liter (Abk.)
- 46 Heilverfahren
- 47 Lebensbund
- 49 Stromspeicher (Kurzwort)
- 51 jetzt, in diesem Moment
- 53 französisch: See
- 55 sich täuschen
- 57 Abkürzung für: Europ. Freihandelszone
- 58 Statuenrumpf ohne Kopf und Arme
- 59 sehr süße Palmenfrucht

SENKRECHT

- 1 Anstoß, Anregung
- 2 schlecht, dürrig
- 3 Schwingkörper
- 4 Sternbild
- 5 Treffer beim Fußballspiel
- 6 europäischer Inselbewohner
- 7 Insekt
- 8 Ende (frz.)
- 9 Theater der Antike
- 14 Hafenstadt in Ostfriesland
- 16 Hauptstadt von Ägypten
- 18 Norne der Vergangenheit
- 20 Rheinzfluss in der Schweiz
- 21 Ziffer
- 22 Goldmakrele
- 26 erfolgreicher Spitzenschlager
- 27 Auto (engl.)
- 28 Leeren des Euters
- 29 ich (lat.)
- 30 lebendig, vital, rege
- 31 griechisch: neu...
- 33 olympisches Komitee (Abk.)
- 36 ehemaliger Abgastest (Abk.)
- 38 Autokennzeichen von Dachau
- 41 nordamerikanischer Rothirsch
- 43 Wahlzettelbehälter
- 44 Porzellanstadt in den Niederlanden
- 46 Aktienpreis
- 48 Abkürzung für: Kilokalorie
- 50 Cocktail mit Johannisbeerlikör
- 52 plus
- 54 griechische Göttin
- 56 Autozeichen für Rumänien
- 57 Autozeichen für Ägypten

Die Gewinner

Das Lösungswort aus September lautete:
Kernarbeitsnormen

Erster Preis:
Frank Weithe, Herdecke,
Zweiter Preis
Norbert Kramer, Vreden,
Dritter Preis:
Wolfgang Schneider, Düsseldorf.

Der Zusatzgewinn im September:
je ein IG Metall-Fußball geht an
Martin Nagel, Haiger,
Johann Stebner, Grünberg.

Einsendeschluss
30. November 2007

Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis
Ein Strike-Bike
aus Nordhausen.



Zweiter Preis
Ein original Steiff-Teddy
»Petsy«.



Dritter Preis
Eine IG Metall-
Wetterstation.

Sonderpreise: Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung
■ einen **IFA-Gutschein** im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung) sowie
■ zwei **IG Metall-Fußbälle**.

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und an die Redaktion senden: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60146 Frankfurt. Oder per E-Mail an metallzeitung@igmetall.de.

DA GEHT WAS

Leipzig: Das Tal ist durchschritten

Sie hat Leipzig erfasst: echte Aufbruchstimmung. Die Ansiedlung von BMW zog Zulieferer und Serviceunternehmen an den Standort. Die IG Metall-Bevollmächtigte Sieglinde Merbitz strahlt: »Das Tal der Tränen ist durchschritten.« Das Beste daran: Immer mehr Belegschaften besinnen sich auf die Gewerkschaft, wollen Tarifverträge erstreiten.

Montagsdemonstrationen – wissen heute noch alle auf Anhieb, was das war? »Nein«, sagt Sieglinde Merbitz lächelnd. Geht sie in »ihre« Betriebe, erntet sie schon mal verständnislose Blicke, wenn sie von den aufregenden Zeiten 1989/90 spricht. Na klar: Die jungen Facharbeiter und Auszubildenden von heute waren damals Kinder oder noch gar nicht geboren.

Am Ende des zweiten Jahrzehnts nach der Wende präsentiert sich Leipzig als unaufgeregte Schönheit. Für ein solides Wirtschaftswachstum, ein attraktives Kulturleben und ein allseits anerkanntes Bildungsangebot absolvieren die Leipziger und die, die hierher zur Arbeit pendeln, täglich neu ein hartes Pensum.

Andererseits: Eine Arbeitslosenrate von 18,8 Prozent und die Angst vieler vor Hartz IV hängen wie ein Damoklesschwert über der neu erblühten Stadt und ihrem Umland.

Die Entwicklung der IG Metall-Mitgliedschaft spiegelt beide Trends wider. Seit über einem Jahr ist die Zahl der Beitragszahler aus Betrieben stetig gewachsen. Voller Genugtuung verweist Sieglinde Merbitz auf 5,2 Prozent Plus gegenüber 2006. Auf der anderen Seite die Austritte: vorwiegend Langzeitarbeitslose und ALG-II-Empfänger, die an jedem Cent sparen müssen. Das tut weh.

Ein »Glücksfall« dagegen ist für Merbitz die Entscheidung von BMW für Leipzig. »Das erzeugte eine echte Aufbruchstimmung, brachte auch die Zulieferfirmen in unsere Region«, sagt sie.

»Als die neue Mannschaft von BMW in der Tarifrunde 2006 als erste stolz in den Warnstreik zog, haben wir uns endlich wiedergefunden – nach dem bitteren Ende des Streiks 2003«, freut sich die Metallerin. Ein Jahr später war dann in den »alten« Betrieben neue Lust am Kämpfen erwacht: Die

Firmen Kirow und Mikrosa gingen 2007 als erste in den Warnstreik.

Nach einer langen Durststrecke stehen jetzt Tarifverträge wieder hoch im Kurs: Die Beschäftigten beim Autositzhersteller Faurecia machten 2006 den Anfang. Sie traten nach und nach fast alle in die IG Metall ein und erkämpften sich tarifliche Bezahlung. Die Pianobauer der weltberühmten Firma Blüthner machten bereits mit zwei Warnstreiks für einen Tarifvertrag von sich reden, und immer mehr Belegschaften wollen mit der IG Metall verlässliche Regelungen erstreiten. »So viel Zulauf auf einmal hatten wir noch nie«, sagt Sieglinde Merbitz. Sie spürt einen neuen Geist. »Die Leute haben keine Angst mehr. Sie sehen nicht ein, warum es für gute Arbeit kein gutes Geld geben soll.« ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

► www.leipzig.igmetall.de



Foto: Wolfgang Zeyen

Der Warnstreik von 2000 MetallerInnen bei BMW Leipzig 2006 war Premiere und Befreiungsschlag zugleich: Die Bitternis von 2003 ist überwunden.

DIE GUTE IDEE



Foto: Wolfgang Zeyen

Konzert vor dem Völkerschlachtdenkmal als Bekenntnis gegen Rechts.

Couragiertes Leipzig: Neo-Nazis gaben auf

Das Aktionsbündnis »Courage« gegen Rechts prägt inzwischen das Image der Stadt. Was 1998 als Protest begann, ist heute Fest.

»Mein Leipzig lob ich mir. Es ist ein Klein-Paris und bildet seine Leute.« Was den jungen Goethe beeindruckte, als er 1765 zum Jurastudium in die Stadt an der Pleiße kam, prägt auch heute deren weltoffenes Selbstverständnis. Rechtsextreme Ideen treffen hier nicht auf Toleranz.

So fassten es die Leipziger Einwohner als Provokation auf, als der Hamburger Neonazi Christian Worch 1998 eine ganze Serie von Demonstrationen durch Leipzig anmeldete – bis ins Jahr 2014. Spontan gründeten Aktivisten das Bündnis »Leipzig. Courage zeigen«, bei dem Metal-lerinnen und Metaller von Beginn an in der ersten Reihe standen.

»Courage« organisierte 1998 ein Rockkonzert am Völkerschlachtdenkmal, wo Worch seinen Aufmarsch plante. Gegen die friedliche Musikveranstaltung mit tausenden Menschen zogen Worch und seine Mannen den Kürzeren. Und das blieb seitdem so. Die Konzerte gegen Rechts, jedes Jahr am Vorabend des 1. Mai, wurden zu einem festen Termin im Leipziger Veranstaltungskalender. Auch bei

jeder anderen Demonstration, mit der die Neonazis ihre rassistischen fremdenfeindlichen Parolen verbreiten wollten, war es das gleiche: Leipziger und Leipzigerinnen protestierten friedlich. An den Routen, die die Wochs sich ausgesucht hatten, standen, saßen und feierten sie oder gingen auf Kreuzungen spazieren – und die Glatzen mit den Springerstiefeln kamen nicht durch.

Im Juli 2007 haben die Neonazis endlich den Spaß an ihren Aufmärschen in Leipzig verloren. Klägliche 36 Leute waren angetreten. Worch sah ein, dass er hier nichts mehr zu bestellen hat. Der Nazi zog alle seine Anmeldungen zurück.

Ein Sieg der Demokraten und der Toleranz, sagt die Metal-lerin und Courage-Vorsitzende Edda Möller. Trotzdem wird Leipzig wachsam und dem Rat des Dichterfürsten treu bleiben: »Das Land, das die Fremden nicht beschützt, ist zum Untergang verurteilt.« ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

► www.leipzig.igmetall.de/courage

PRODUKT DES MONATS

Schub für Ökostrom

Erneuerbare Energien liefern bei jedem Wetter Strom. Ein virtuelles »Kombikraftwerk« soll den Beweis liefern.

Drei Betriebe aus dem Bereich regenerativer Energien, Enercon, Solar World und Schmack-Biogas, haben in Berlin ein virtuelles Kombi-Kraftwerk vorgestellt. Es soll »eine sichere Energieversorgung durch erneuerbare Energien immer und überall« ermöglichen.

Schon heute stellen erneuerbare Energien in Deutschland rund 14 Prozent des benötigten Stroms bereit. Weil fossile Energieträger in wenigen Jahren aufgebraucht sind und deren Verbrennung nachweislich das Klima negativ verändern, wird dieser Anteil in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen. Das neue »Kraftwerk« soll zeigen, »dass Erneuerbare Energien 100 Prozent des Strombedarfs decken können«, erläutern die Projektträger.

Tatsächlich verknüpft das an der Universität Kassel entwi-

ckelte »Kombikraftwerk« 36 dezentrale Kraftwerke für Wind, Wasse, Sonne und Biogas miteinander. Auf diese Weise kann es rund um die Uhr und bei jeder Witterung Strom liefern.

»Die dezentrale Vernetzung erlaubt es, die Wind-, Solar- und Biogasanlagen wie ein herkömmliches Großkraftwerk zu steuern und den wechselhaften Energiebedarf Deutschlands zu decken«, beschreibt Kurt Rohrig vom Institut für Solare Energieversorgungstechnik der Kasseler Uni das neue Projekt.

Insgesamt soll auf diese Weise der Bedarf einer Kleinstadt mit 12 000 Haushalten gedeckt werden. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

- www.windenergie.de
- www.bmwi.de
- www.greenpeacemagazin.de



Foto: Arno Burgi / dpa / pa

Erneuerbare Energie – wie hier aus Windkraft – deckt heute schon 14 Prozent des benötigten Strombedarfs.

MITMACHEN SCHREIBT UNS EURE IDEEN UND PRODUKTE

Querdenken, etwa anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metal-lerinnen und Metaller stolz sind. Wer ist Weltmeister? Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?

Per E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

Schlafdefizit bei Schicht

Eine Studie des schlafmedizinischen Labors der Uni Marburg hat den Schlafmangel von Schichtarbeitern gegenüber normal Erwerbstätigen ermittelt. Die Schlafdauer ist demnach um zwei bis vier Stunden verkürzt. Der Tagesschlaf von Schichtarbeitern ist störanfälliger, wird häufiger unterbrochen und erreicht nicht die Tiefe des Nachtschlafs. Außerdem haben die Betroffenen häufiger soziale sowie familiäre Probleme und werden öfter krank.

► www.web.uni-marburg.de

Ein Nickerchen tut gut

Wer sich als Beschäftigter einen etwa 20-minütigen Mittagsschlaf gönnt, arbeitet am Nachmittag nachweislich produktiver. Das belegt eine arbeitsmedizinische Untersuchung aus Österreich. Die »Mittagsschläfer« waren am Nachmittag wesentlich wacher und konzentrierter als die durcharbeitende Kontrollgruppe. Die Studie belegt eindeutig die positiven Auswirkungen eines kurzen Mittagsschlafs. Weitere Informationen in der Fachzeitschrift »Zentralblatt für Arbeitsmedizin, Arbeitsschutz und Ergonomie«.

► www.zentralblatt-online.de

Hände besonders in Gefahr

Die größte Verletzungsgefahr bei Arbeitsunfällen besteht für Hände und Finger etwa beim Abfangen von Stürzen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Rutsch-, Stolper- und Sturzunfälle. Schuld sind häufig ungeeignetes Schuhwerk wie Pumps, Flip-Flops oder Plateauschuhe. Gefährlich sind auch glatte Böden. Gerade bei frisch gewischten Böden ist besondere Vorsicht geboten. Das hat die Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) ermittelt. An zweiter Stelle stehen Schäden an der Halswirbelsäule durch Schleudertraumata. Über drei Viertel werden durch Verkehrsunfälle auf dem Arbeitsweg verursacht.

► www.bgw-online.de

ARBEIT

UNSERE TIPPS

Gute Luft und gutes Klima

Eine Gruppe muss fast immer leiden: entweder die Nichtraucher unter Mief. Oder Raucher, wenn es für sie wie für Hunde heißt: »Wir müssen draußen bleiben«. In den Betrieben erzeugt der blaue Dunst immer wieder viel Zoff. Allen gerecht zu werden, ist nicht einfach.

Nichts zu tun, geht nicht mehr: Arbeitgeber sind heute sogar gesetzlich verpflichtet, Beschäftigte, die nicht rauchen, vor Tabakqualm zu schützen. Das steht in der Arbeitsstättenverordnung. Tabak gilt als ein Gefahrstoff. Der Rauch einer Zigarette enthält zehn Krebs erregende und sechs giftige Stoffe. Unter den Gesundheitsrisiken – wie Asthma und Lungenkrebs – leiden auch Passivraucher. Ein Nichtraucher, der sich zwei Stunden in einem verqualmten Zimmer aufhält, nimmt so viele Schadstoffe auf, als hätte er selbst eine Zigarette geraucht.

»Die Unternehmen machen es sich oft zu einfach, indem sie schlicht weg nur ein striktes Rauchverbot anordnen, über die Köpfe der Belegschaften hinweg«, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode. Es gehe darum, faire und praktikable Lösungen sowohl für Raucher als auch zum Schutz der Nichtraucher zu finden. Einsame Anweisungen von oben führen zu Dauerkonflikten. Was nützt es, wenn die Raumluft im Betrieb top ist, aber dafür das Betriebsklima im Keller. Nichtraucher-schutz kann nur erfolgreich sein, wenn die Belegschaft einbezogen wird, sagen die Arbeitsschützer der IG Metall.

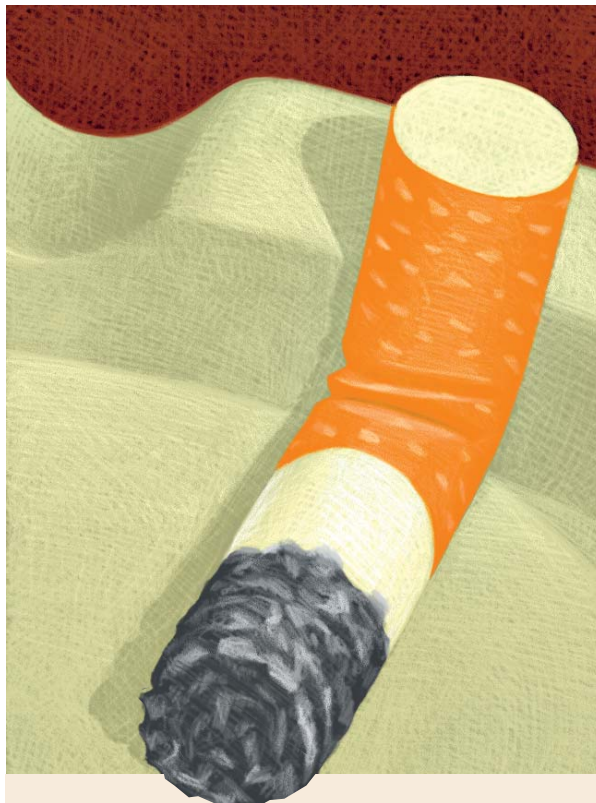


Illustration: Art Parts

Gestresste greifen häufiger zur Zigarette

Untersuchungen zeigen: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Zigarettenkonsum und Arbeitsbedingungen. Wer Schicht arbeitet, Lärm, Hitze oder Staub ausgesetzt ist, unter Termindruck steht oder eine Arbeit hat, die hohe Konzentration verlangt, greift häufiger zum Glimmstängel. Um die Gesundheit von Rauchern und Nichtrauchern zu schützen, hilft es nicht, Rauchen einfach zu verbieten: Ein betriebliches Gesundheitsförderungskonzept ist erforderlich.

Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, extra Räume für Raucher einzurichten, wenn das mit »unzumutbarem« Aufwand verbunden ist. Aber wenn es möglich ist, sollten Raucher und Nichtraucher in unterschiedlichen Räumen untergebracht werden. Wo das nicht machbar ist, sollte Rauchen am Arbeitsplatz nicht erlaubt sein, wenn Nichtraucher im Raum arbeiten. Für die Raucher sollten dann eigene Bereiche oder Räume

eingerrichtet werden. In vielen Betrieben gibt es schon welche. Aber oft sehen sie alles andere als einladend aus. Sind sie zu weit weg, ärgern sich Nichtraucher, weil die qualmenden Kollegen zu lange in der Pause sind. Aus Sicht der IG Metall müssen Raucherbereiche mindestens vier Kriterien erfüllen: Sie sollten »menschenwürdig« ausgestattet, gut belüftet sowie leicht erreichbar sein und nach außen hin nicht so wirken, dass die Puffer sich wie an den Pranger gestellt fühlen müssen.

Das ist alles oft leichter gesagt als getan. Wann beispielsweise ist ein Raum gut belüftet? Was tun, wenn Klimaanlagen den Rauch nur verteilen? Petra Müller-Knöß, Arbeitsschutzexpertin beim IG Metall-Vorstand, erhält viele Anfragen von Beschäftigten, die Rat suchen. »Es gibt keine Patent-

lösungen«, sagt sie. »Man muss überprüfen, wie die örtlichen Bedingungen sind.«

Am einfachsten wäre es, alle hören auf zu rauchen. Allerdings auch am unwahrscheinlichsten. Doch Betriebe können Hilfen anbieten, zum Beispiel Entwöhnungskurse. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Tipps und Infos:

► www.igmetall.de/metallzeitung

SO GEHT ES BESSER

Eine »kleine Bibel« für gleiche Chancen

Beim Energiekonzern Areva regelt eine Vereinbarung europaweit die Chancengleichheit für Behinderte sowie Männer und Frauen.

So sieht ein Meilenstein der europäischen Mitbestimmung aus – gut zwei Dutzend DIN-A4-Seiten. Falk Hoinkis legt das dünne Heft auf den Tisch. Die kleine Bibel des Betriebsrats nennt er es.

Die »kleine Bibel« regelt Chancengleichheit für Behinderte sowie für Frauen und Männer beim Atomenergiekonzern Areva – in ganz Europa. Hoinkis ist Mitglied des Europäischen Betriebsrats und hat daran mitgearbeitet. Vereinbarungen auf europäischer Ebene sind noch eine Ausnahme. Denn Euro-Betriebsräte haben kein Recht, Vereinbarungen abzuschließen. Deshalb holten die Betriebsräte bei Areva den Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) mit ins Boot.

Natürlich ist es erst ein Stück Papier, sagt Hoinkis. Er arbeitet im Areva-Werk in Mönchengladbach. »Aber die Vereinbarung unterstützt die Leute, die bisher keine Chance hatten, sich um Chancengleichheit zu kümmern.« Schließlich steht hier: Die Konzernleitung will Schwerbehinderte integrieren und gleiche Chancen für Frauen und Männer schaffen. Fast überall

in Europa müssen Unternehmen zahlen, wenn sie nicht genügend Behinderte beschäftigen. Das wollte Areva ändern. Beim Euro-Betriebsrat rannte die Firma offene Türen ein. Bei Areva in Mönchengladbach haben fast zwölf Prozent der Beschäftigten eine Behinderung. »Das sind gute Facharbeiter«, sagt Hoinkis, »sie bringen dieselbe Leistung wie alle anderen.« In der Schreinerei gestikulieren zwei Männer mit den Händen. Einer der beiden ist gehörlos. »Viele haben untereinander eine eigene Zeichensprache entwickelt«, erzählt Hoinkis. Die Zusammenarbeit zwischen Hörenden und Nicht-Hörenden funktioniert reibungslos.

Einmal im Jahr müssen alle Standorte berichten, wie weit sie bei der Chancengleichheit sind. Im November werden die Betriebsräte zum ersten Mal Bilanz ziehen. Einen Erfolg gibt es bereits, sagt Hoinkis. »In einem Werk in der Türkei konnten die Toiletten und Auffahrten behindertengerecht umgebaut werden. Darum hatten wir vor der Vereinbarung vergeblich gekämpft.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Foto: Alexandra Umbach

In der Schreinerei bei Areva in Mönchengladbach arbeiten Hörbehinderte und Hörende reibungslos miteinander. Sie bringen die gleiche Leistung.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Ulrich Tilman Emsberger / Bildmaschine.de

Arbeitshandschuhe braucht fast jeder – ob im Betrieb oder zu Hause. Einige enthalten Krebsgift.

Verdacht auf Krebsgift

Viele Arbeitshandschuhe enthalten eine krebserregende Chemikalie, warnt das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Arbeitshandschuhe sollen die Hände schützen. Doch viele Handschuhe aus Leder schaden mehr als sie nützen. Sie enthalten nämlich die krebserregende Chemikalie Chrom (VI), das beim Gerben entsteht. Beim Arbeits-einsatz wird das zum Problem für die Träger: Wenn sie schwitzen, dringt die Chemikalie durch die Haut und kann dann Krebs und Hauterkrankungen auslösen.

Nach Angaben des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) leiden schon heute Tausende an Ekzemen, die auf Kontakt mit Chrom (VI) beruhen. »Chrom in Leder ist als wesentliche Ursache für diese Sensibilisierungen anzusehen«, glaubt das BfR. Tatsächlich fand das Institut in einer repräsentativen Analyse erhebliche Rückstände des Gifts. Mit

183 Milligramm, 134 und 128 Milligramm Chrom (VI) je Kilo schnitten Arbeitshandschuhe dabei am schlechtesten ab. Die DIN-Norm EN 420 empfiehlt höchstens zwei Milligramm.

Ulrich Bamberg, der das Sozialpartnerbüro der Arbeitnehmer in der Geschäftsstelle der Kommission Arbeitsschutz und Normung leitet, sieht Betriebsräte in der Pflicht. Er empfiehlt gefütterte Nitrilhandschuhe. »Die sind nach Untersuchungen der Berufsgenossenschaft Bau belastbar wie Leder und frei von gefährlichen Schadstoffen.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Die Liste belasteter Handschuhe:

- www.igmetall.de/metalzeitung Institut für Risikobewertung:
- www.bfr.bund.de

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, dass es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand. Per E-Mail an:

► www.igmetall.de/metalzeitung

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Der Reichtum der Anderen

Die Frankfurter Autorin und Journalistin Dorothee Beck sagt zum Thema Armut in Deutschland: Es gilt als unfein, über das Geld anderer Leute zu reden. Doch wer es nicht tut, verschleiert die Ursachen sozialer Ungleichheit. Ein Blick in die Taschen der 1000 reichsten Deutschen zeigt: Es ist tatsächlich genug Geld für alle da.



Die Journalistin Dorothee Beck fordert einen höheren Spitzensteuersatz.

Foto: Ulrich Schraermeyer

Im Juli erhöhte die Bundesregierung den Regelsatz des Arbeitslosengelds II (Alg II) von 345 auf 347 Euro – weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit. Am anderen Ende der Gesellschaft zeigten sich die Bundesregierungen jeder politischen Farbe in den vergangenen Jahren erheblich großzügiger. Die Senkung des Spitzensteuersatzes von

53 auf 42 Prozent, die Senkung der Unternehmenssteuern auf unter 30 Prozent und der Verzicht auf die Vermögenssteuer haben dafür gesorgt, dass das Geld, das zum Beispiel beim Arbeitslosengeld fehlt, sich nicht im Staatssäckel, sondern in privaten Schatullen befindet. Lügen die Unternehmens- und Vermögenssteuern noch auf dem Ni-

veau der 70er Jahre, nähme die öffentliche Hand 70 Milliarden Euro pro Jahr mehr ein. Die Neuverschuldung des Jahres 2006 betrug 39,5 Milliarden.

Den Alg II-Etat der Bundesregierung könnten die 25 reichsten Deutschen locker mit einer Vermögensabgabe von 20 Prozent finanzieren. Mit einer nur einprozentigen Vermögenssteuer von Susanne Klatten, Mitglied der BMW-Mitinhaberfamilie Quandt und die reichste Frau Deutschlands, ließe sich das Alg II für jeden einzelnen der rund 2,8 Millionen Langzeitarbeitslosen um 27,50 Euro erhöhen.

Dennoch warnt Handelskammer-Präsident Ludwig-Georg Braun, die Nummer 19 auf der Liste der Milliardäre in Deutschland: »Wir müssen uns entscheiden. Wollen wir Beschäftigung in Deutschland halten und schaffen, oder wollen wir große Vermögen besteuern.« Doch auch wenn der Staat die Reichen stärker zur Kasse bitten würde, müssten diese nicht um ihr Geld fürchten. Selbst bei einem Steuerabzug von einem Prozent vermehren sich Vermögen weiter.

SPD-Chef Kurt Beck will nun immerhin beim Alg II noch eine Schippe drauf legen, dabei aber das soziokulturelle Existenzminimum beachten. Das ist der Betrag, mit dem sich ein Mensch an

der Armutschwelle gerade noch in die Gesellschaft integrieren kann. Nach EU-Definition gilt als arm, wer nicht mehr als 60 Prozent des durchschnittlichen verfügbaren Haushaltseinkommens hat. Für eine Person sind das 938 Euro inklusive Miete. Wer von Alg II plus Warmmiete leben muss, hat aber in der Regel weit weniger.

Für Armut gibt es allgemein anerkannte Definitionen, für Reichtum allerdings nicht. Wendet man die relative Armutschwelle spiegelbildlich an, so gilt als reich, wer mehr als 3128 Euro im Monat hat. Das sind nur 5,6 Prozent der Bevölkerung. Wir könnten die Grenze auch bei den »oberen Zehntausend« ziehen, die (zufälligerweise) mindestens eine Million Einkommen im Jahr haben. Oder bei den Tausend Reichsten, die mehr als fünf Millionen verdienen. Um diese Leute geht es, wenn wir einen höheren Spitzensteuersatz und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer fordern.

Doch über Geld zu reden, zumal über den Reichtum anderer Leute, gilt als unfein. Wir müssen es dennoch tun. Nicht nur, um ein Tabu zu brechen, das soziale Ungleichheit verschleierte. Sondern auch, um greifbar zu machen, dass tatsächlich genug Geld für alle da ist. ■

Zur Person

Dorothee Beck arbeitet als Journalistin in Frankfurt am Main. Die 46-jährige studierte Politikwissenschaft und Journalistik. Gemeinsam mit Hartmut Meine schrieb sie über Armut und Reichtum in Deutschland (siehe »Mehr zum Thema«). Meine ist Bezirksleiter der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Der 55-jährige Wirtschaftsingenieur arbeitet seit 1981 für die IG Metall. Er war unter anderem Bezirkssekretär für Tarifpolitik in Hannover und pädagogischer Mitarbeiter der Bildungsstätte Sprockhövel.

Mehr zum Thema

Wer über Armut redet, muss auch über Reichtum reden, finden die Autoren Dorothee Beck und Hartmut Meine. In ihrem Buch »Armut im Überfluss« begeben sie sich auf die Spur des Geldes und beleuchten, in welchen Taschen es versickert. Armut in Deutschland, schlussfolgern die Autoren, ist auch eine Folge des Reichtums, der nicht mehr umverteilt wird.

► Dorothee Beck/Hartmut Meine, »Armut im Überfluss. Nachrichten aus einer gespaltenen Gesellschaft«, Göttingen 2007, 18 Euro.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Online-Durchsuchung

Aus Sicht von Datenschützern ist die Online-Durchsuchung der Supergau für den Rechtsstaat und zudem auch ziemlich nutzlos. Doch Innenminister Wolfgang Schäuble hält sie für unverzichtbar. Natürlich im Namen der Terrorbekämpfung.

Der Staat will Zutritt zu den Festplatten seiner Bürger. Er möchte E-Mails mitlesen und Dateien kopieren. Wenn es nach Innenminister Wolfgang Schäuble geht, braucht er dazu keine Einladung, sondern nur den Verdacht, der Computerbesitzer könnte ein Verbrechen planen. Christian Krause vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein kritisiert die Pläne. »Aus rechtsstaatlicher Sicht ist das eine Katastrophe.« Denn wenn der Geist der Online-Schnüffelei erst einmal aus der Flasche sei, könnten sich Bürger gegen den Missbrauch kaum noch schützen.

Krause bezweifelt, dass es der Politik wirklich um die Online-Durchsuchung geht. »Es scheint vielmehr, als wolle man mit der Diskussion darum von anderen Themen ablenken – zum Beispiel von der Vorratsdatenspeicherung.« Denn die Online-Durchsuchung ist zur gerichtsfesten Beweiserhebung völlig nutzlos.

Bei einer klassischen Hausdurchsuchung müssen immer Zeugen dabei sein. Doch wer soll vor Gericht bezeugen, dass die Daten tatsächlich auch vom Computer des Verdächtigen stammen? Mit ihrer Schnüffelei öffnen staatliche Ermittlungsbehörden also schließlich ein Tor, durch das auch Dritte unbemerkt auf die Festplatte gelangen können.

Statt seine Bürger vor den Risiken des Internets zu schützen, schaffe der Staat neue Sicherheitslücken.

Zumal Krause bezweifelt, dass Behörden tatsächlich möglichen Verbrechern auf die Spur kommen. Wer sich vor unerwünschten staatlichem Besuch auf seiner Festplatte schützen wolle, müsse noch nicht einmal ein Technikfreak sein. Vermeintliche Terroristen könnten Daten, die die Ermittler interessieren, auch auf einem nicht vernetzten Computer speichern. Auf diesem Weg werde der Staat nur auf den Rechnern ahnungsloser PC-User landen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Zwischen Sicherheit und Freiheit

Mit der Online-Durchsuchung befasst sich zurzeit das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dort hatte unter anderem der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum gegen das nordrhein-westfälische Verfassungsschutzgesetz, das Online-Durchsuchungen erlaubt, geklagt. Experten gehen davon aus, dass die Richter das Gesetz kippen werden. Der Gerichtspräsident kündigte an, in dem Verfahren auch grundsätzlich über die Frage »Sicherheit versus Freiheit« zu entscheiden. Informationen zur Sicherheit im Internet gibt es unter: ► www.datenschutzzentrum.de

21

Bildungsnotstand

Nach der aktuellen Analyse der OECD fließen in Deutschland gerade mal 4,3 Prozent des Bruttosozialprodukts in die Bildung. Unter den 28 OECD-Staaten nimmt Deutschland damit nur den **21. Platz** ein. Für Grundschüler in Deutschland werden umgerechnet nur etwa 4948 US-Dollar ausgegeben. Das OECD-Mittel liegt bei 5832 US-Dollar.

Auch bei Studenten wird gespart: Die Ausgaben von umgerechnet 7724 US-Dollar je Student liegen unter dem OECD-Durchschnitt von 7951. Dazu passt, dass in Deutschland 2005 nur 20 Prozent des Abschluss-Jahrgangs einen Hochschulabschluss erreicht hat. Die durchschnittliche Quote in den OECD-Ländern liegt bei 36 Prozent. Arbeiterkinder, bemängelt die OECD, hätten es in Deutschland besonders schwer. Die Wahrscheinlichkeit eines Studiums sei »weniger als halb so hoch, wie es in Anbetracht ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung zu erwarten wäre«. Auf diese Weise werde künftiger Ingenieur- und Lehrermangel vorprogrammiert.



DAS LETZTE

